Ostland

Halbmonatsschrift für Ostpolitik / Herausgeber: Bund Deutscher Osten e. V.

Nr. 4 | Berlin, den 15. Februar 1938 | 19. Jahrgang

Polen und Volkszählung

Die bevorstehende deutsche Volkszählung hat die Führung des polnischen Volkssplitters in nicht geringe Aufregung versetzt. Bei dieser *Volkszählung* wird nämlich nicht nur, wie es bei den früheren Volkszählungen der Fall war, nach der „*Muttersprache*", sondern auch nach der *Volkszugehörigkeit* gefragt werden. Die Polenbundführung befürchtet nun, daß diese Frage nach der Volkszugehörigkeit der erste Schritt zur Aufstellung eines *Nationalkatasters* sein wird. Der Gedanke eines Nationalkatasters aber ist von ihr stets entschieden abgelehnt worden. „Die Polen in Deutschland können sich mit einem Nationalkataster nicht einverstanden erklären", hat es in der Polenbundpresse geheißen. Ohne auf die Frage nach den praktischen volkspolitischen Maßnahmen, die auf Grund einer Erfragung der Volkszugehörigkeit etwa ergriffen werden können, einzugehen, ist es zweckmäßig, einmal nach den tieferen Gründen der zunächst ein wenig merkwürdig anmutenden *Angst der Polenbundleute vor der statistischen Feststellung der Volkszugehörigkeit* und vor allem vor einem Nationalkataster zu fragen.

Durch die früheren deutschen Volkszählungen ist, wie erwähnt, nur die „Muttersprache" festgestellt worden. Die Erfahrung aber beweist, daß die „*Muttersprache*" (namentlich in den Fällen, in denen von den Gezählten zwei „Muttersprachen" angegeben werden) *kein unbedingt brauchbares Kriterium der tatsächlichen, auf dem Bekenntnis des Einzelnen beruhenden Volkszugehörigkeit* ist. Es sei nur auf das lehrreichste Beispiel dieser Art, auf die *Masuren*, verwiesen; bei allen Gelegenheiten, die ihnen geboten worden sind, bei der Volksabstimmung von 1920 ebenso wie bei den Wahlen der Folgezeit, haben sich diejenigen Bewohner Masurens, die sich einer slawischen Mundart als Haussprache bedienen und diese Mundart auch als ihre „Muttersprache" in die Zählbogen der Volkszählung eingesetzt haben, *vorbehaltlos zur deutschen Kultur-, Staats- und Volksgemeinschaft bekannt*, und alle Versuche der polnischen Propaganda, in ihren Reihen Wurzeln zu fassen, sind immer wieder wirkungslos an diesem eindeutigen und beharrlichen Bekenntnis zur großen gesamtdeutschen Schicksalsgemeinschaft gescheitert. Von Seiten der polnischen Propaganda ist gegen die Volksabstimmung von 1920 u. a. geltend gemacht worden, daß damals nicht unter der Parole: hier deutsches — dort polnisches Volkstum, sondern unter der Parole: hier deutscher Staat — dort polnischer Staat abgestimmt worden sei, daß die Abstimmung also nur die Frage nach dem Staate, aber nicht nach dem Volke, dem die Bewohner anzugehören wünschen, gestellt worden sei. Nun: Wenn das damals wirklich so gewesen wäre, dann hat die Bevölkerung Masurens bei der nächsten Volkszählung Gelegenheit, die polnische Propagandathese durch die Abgabe eines eindeutigen und offenen *Bekenntnisses zum deutschen Volkstum* richtig zu stellen.

Nun aber werden die Ergebnisse der Muttersprachenzählung von polnischer Seite dazu benutzt, um die Zahl der dem „polnischen Volkstum" zugehörenden Bewohner Ostdeutschlands um ein Vielfaches größer erscheinen zu lassen, als sie tatsächlich ist. Von polnischer Seite wird es abgelehnt, das nationale Bekenntnis als das maßgebliche Kennzeichen der Volkszugehörigkeit zu bewerten. Vielmehr werden mit unver-

gleichlicher Großzügigkeit und Arroganz alle Personen, die sich des Polnischen, des Oberschlesischen, des Masurischen und Kaschubischen als „Muttersprache" oder als Haussprache bedienen, darüber hinaus aber auch noch alle Personen, die „polnischer Abstammung" sind, und mitunter selbst diejenigen, die einen polnisch klingenden Familiennamen tragen, von polnischer Seite als dem „polnischen Volkstum" zugehörig in Anspruch genommen. Mit diesen „objektiven Merkmalen" wird von der polnischen Propaganda kräftig im Trüben gefischt. Hunderttausende deutscher Menschen werden mit Hilfe dieser beliebig dehnbaren und unkontrollierbaren Begriffe von der rührigen polnischen Propaganda für ein Volkstum „beschlagnahmt", mit dessen geschichtlichem Bewußtsein, kultureller Eigenart und politischem Streben sie nicht das geringste verbindet. Nur mit Hilfe solcher Begriffe ist es der polnischen Propaganda überhaupt möglich gewesen, zu der absurden Behauptung zu kommen, daß es im Deutschen Reiche 1½ oder gar 2 Millionen Polen gebe. Deutscherseits hat nun festgestellt werden müssen, daß diese Behauptung von polnischer Seite nicht nur in Polen selbst, sondern auch im Ausland mit deutlicher politischer Aggressivität gegen den territorialen Bestand des Deutschen Reiches und mit der fühlbaren Tendenz, das Deutsche Reich einer „brutalen volksgruppenfeindlichen Haltung" zu bezichtigen, vorgebracht wird. Es sind dies dieselben Methoden, mit denen Polen schon in Versailles dort, wo keine Volksabstimmungen durchgeführt wurden, Erfolg gehabt hat.

Es ist unter Berücksichtigung dieser Tatsachen also nicht mehr und nicht weniger als ein Akt berechtigter Notwehr, wenn es von deutscher Seite bei der kommenden Volkszählung unternommen wird, die tatsächliche Lage der nationalen Verhältnisse in den östlichen Gebieten des Reiches festzustellen. Die tatsächliche Lage aber läßt sich praktisch nur durch die Frage nach der auf dem freien Bekenntnis beruhenden Volkszugehörigkeit der Bewohner ermitteln. Es ist eine politische Notwendigkeit, der Wirksamkeit der mit Millionenziffern jonglierenden polnischen Propaganda einen Riegel vorzuschieben. Es ist leicht zu verstehen, daß es für die Leiter des Polenbundes keine angenehme Aussicht ist, von dem hohen Podest herabsteigen zu müssen, auf dem sie sich in der Rolle von Sprechern von 2 Millionen „Polen" gerieren, und sich mit der bescheideneren Rolle von Leitern eines weit zerstreuten Splitters polnischen Volkstums begügen zu müssen. Aber letzten Endes haben sie und ihre propagandistischen Helfershelfer in Polen die Maßnahmen, gegen die sie sich jetzt wenden, selbst provoziert.

Es erscheint angebracht, der Behauptung vom Vorhandensein zweier Millionen „Polen" im Deutschen Reich eine Reihe von Tatsachen entgegenzustellen, die einen wirklichkeitsnahen Maßstab für die zahlenmäßige Stärke des polnischen Volkssplitters in Deutschland abgeben. Der Bund der Polen in Deutschland, der die Zentralorganisation des polnischen Volkssplitters in Deutschland darstellt, kann etwa 25 000 Mitglieder ausweisen. Die polnischen Volksschulen in Deutschland werden von insgesamt knapp 1 500, die beiden polnischen Gymnasien in Beuthen und Marienwerder von zusammen rund 300 Schülern besucht. An den polnischen Sprachkursen, die vor allem in Mittel- und Westdeutschland verbreitet sind, nehmen nach polnischen Angaben etwa 4 000 Jugendliche und Erwachsene teil. Von keiner der in Deutschland erscheinenden polnischen Tageszeitungen wird eine Auflagenhöhe von mehr als 1 000 erreicht. An polnischen Genossenschaften werden im Reiche 32 gezählt. Usf. Es gibt keine Tatsache, mit denen sich die von der polnischen Propaganda verbreiteten Millionenziffern auch nur im entferntesten rechtfertigen ließen. Die Erfragung der Volkszugehörigkeit bei der nächsten Volkszählung wird endgültig Klarheit darüber schaffen, für wen zu sprechen die Leiter des Bundes der Polen in Deutschland berufen sind und wie groß der Kreis der Personen ist, dem das Polentum innerlich nähersteht als das Deutschtum. Daß neben der Volkszugehörigkeit auch die „Muttersprache" wieder erfragt wird, versteht sich von selbst. Obwohl die „Muttersprache", wie gesagt, kein brauchbares Kriterium der Volkszugehörigkeit ist, bleibt es doch nützlich und interessant, zu erfahren, wie sich in den östlichen Gebieten des Deutschen Reiches der seit langem andauernde Uebergang zum alleinigen Gebrauch der deutschen Sprache weiterentwickelt. Dr. K.

Das Interesse am Auslandspolentum

Das Interesse der polnischen Oeffentlichkeit an der Förderung der auslandspolnischen Volksgruppen ist während der letzten Jahre mit der zunehmenden Verselbständigung der polnischen Außenpolitik allgemein fühlbar gewachsen. *Die Losung der Verbundenheit aller Polen über die staatlichen Grenzen hinweg* hat in allen Kreisen der polnischen Oeffentlichkeit tiefe Wurzeln geschlagen. Die Tätigkeit der Organisationen, die sich die Förderung des Auslandspolentums zum Ziel gesetzt haben, wie des Weltverbandes der Auslandspolen, der Gesellschaft zur Unterstützung der Polen im Ausland, des Fonds des polnischen Auslandsschulwesens uam., findet in der Presse aller Richtungen ein lebhaftes Echo. Wenn es um das Polentum im Auslande geht, treten alle Meinungsverschiedenheiten zurück und melden sich außer den politischen Organisationen ebenso die Berufsverbände und halbmilitärischen Formationen wie die kulturellen Vereinigungen und die Frauenverbände zum Wort. Die Sammlungen zugunsten des Auslandspolentums pflegen, gemessen an der Armut breitester Bevölkerungsschichten, beachtenswerte Erfolge zu haben. Die Propaganda des Westverbandes und der See- und Kolonialliga, bei welcher, nebenbei bemerkt, die Mitgliedschaft für Staats- und Kommunalbeamte obligatorisch ist, nimmt sich in immer stärkerem Maße der Fragen der auslandspolnischen Volksgruppen an. Die Literatur über das Auslandspolentum hat sich einen angesehenen Platz in der literarischen Produktion Polens gesichert. Und in der Arbeit der politisch-wissenschaftlichen Kampfinstitute, des Schlesischen Institutes in Kattowitz und des Baltischen Institutes in Gdingen, gehören die volkspolitischen Fragen des reichsdeutschen Ostens zu den meist behandelten Themen.

Es wird, wie das vor kurzem ein polnisches Blatt festgestellt hat, *in Polen ein wahrer Kult mit den Auslandspolen getrieben.* Dabei ist bemerkenswert, daß man die *enge Verbindung zwischen den auslandspolnischen Gruppen und den polnischen Staatsstellen* keineswegs als unerlaubt, sondern als selbstverständlich betrachtet, was allein schon durch die Organisation und Arbeitsmethode des Weltverbandes der Auslandspolen, der seinen Sitz in Warschau hat, unter Beweis gestellt wird. Das Entscheidende aber ist, daß *der Inlandspole den Gedanken der überstaatlichen Volksgemeinschaft weniger mit dem Verstande, als mit dem Gefühl und dem Willen erfaßt, daß er das Schicksal seiner Volksgenossen im Ausland persönlicher miterlebt und politischer bewertet, als das zumeist beim Deutschen der Fall zu sein pflegt.* Daraus erklärt es sich auch, daß etwa das Schicksal einer auslandspolnischen Schule, also ein an sich vielleicht wenig bedeutsamer Einzelfall, ausreicht, um die polnische Oeffentlichkeit in oft wochenlanger leidenschaftlicher Erregung zu halten. Es liegt auf der Hand, daß ein solches ebenso leicht erregbares wie ausdauerndes politisches Temperament der polnischen Regierung einen gewissen Auftrieb bei der Verfolgung volkspolitischer Interessen im Ausland zu verleihen vermag.

Die weitaus größte unter allen auslandspolnischen Gruppen ist, mit angeblich 4 Millionen Seelen, diejenige in den Vereinigten Staaten. Mit dem weitaus größten Interesse aber wird von der polnischen Oeffentlichkeit der *polnische Volkssplitter* im Deutschen Reiche bedacht. Welch übertriebene Angaben von Seiten der polnischen Propaganda über die zahlenmäßige Stärke dieses Splitters verbreitet werden, ist zur Genüge bekannt. Es ist aber zum Verständnis der Vorstellungen, die sich auf polnischer Seite mit dieser Gruppe verbinden, notwendig, daran zu erinnern, daß man dort, wenn man von den Polen in Deutschland spricht, *weniger die gegenwärtigen Verhältnisse, als die zukünftigen Möglichkeiten bedenkt.* Smogorzewski hat in der „Gazeta Polska" das Polentum in Deutschland einmal mit einem *Jungwald*, „der zu einem stattlichen Wald heranwachsen kann, wenn ihn nicht die Menschen oder die Naturgewalten vernichten", und das Deutschtum in Polen mit einem sehr stark gelichteten *Hochwald* verglichen, „der nur noch bei sehr sorgfältiger Pflege längere Zeit hindurch zu bestehen vermag." Dieser Vergleich ist bezeichnend. Und er erklärt, da er die in Polen herrschende Vorstellung widergibt, den *waghalsigen Optimismus, mit dem man in Polen die volkspolitischen Probleme des reichsdeutschen Ostens betrachtet.* Daß dieser Optimismus keine realen

Grundlagen hat, darf jedoch nicht dazu verleiten, daß man auf deutscher Seite unterläßt, ihn als eine politische Tatsache in Rechnung zu setzen. Man glaubt in Polen an die Möglichkeit einer allmählichen Polonisierung, oder, wie man sich ausdrückt, Repolonisierung der Bevölkerung weiter Gebietsteile des reichsdeutschen Ostens. Man glaubt, wie das vor kurzem im Warschauer „ABC" geschehen ist, „leichte Anzeichen einer Wiedergeburt des Polentums" in diesen Gebieten feststellen zu können, obwohl die These von deren „ethnographisch polnischem Charakter" auf einer völligen Verkennung der völkischen Substanz der ostdeutschen Bevölkerung aufgebaut ist. Verstärkt wird dieser Glaube durch die Beobachtung der bevölkerungspolitischen Entwicklungstendenzen im deutsch-polnischen Grenzraum. Man vergleicht die für die Erhaltung des Bevölkerungsstandes immer noch unzureichende Geburtenziffer des deutschen Volkes mit der biologischen Ueberlegenheit des polnischen Volkes; und man verweist auf die immer noch anhaltende Abwanderung in die mittel- und westdeutschen Gebiete, durch die der Geburtenüberschuß aus den ostdeutschen Grenzgebieten abgesaugt wird. Man übersieht dabei auf polnischer Seite die Tatsache, daß die biologische Spannung zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk, auf die man so große Hoffnungen setzt, infolge des Ansteigens der deutschen und des Absinkens der polnischen Geburtenziffer erlahmt, zumal sich die Kraft der natürlichen Bevölkerungsbewegung in Polen zum nicht geringen Teil auf die hohe Geburtenziffer der nicht-polnischen Volksgruppen Ostpolens zurückführen läßt.

Der Kampf um „die polnischen (!) Gebiete, die heute unter deutscher Herrschaft stehen (!)", hat es im „ABC" kürzlich geheißen, sei in hohem Maße ein bevölkerungspolitischer Kampf. Wenn Polen die Aufrechterhaltung seines bevölkerungspolitischen Uebergewichtes über Deutschland gelinge, dann könne man damit rechnen, daß es eines Tages möglich sein werde, „dieses Uebergewicht aus dem Gebiet der Theorie auf das Gebiet der politischen Praxis zu übertragen." Der Gedanke an „die politische Praxis" steht hinter allen Ueberlegungen, die von polnischer Seite über die auslandspolnischen Volksgruppen, in erster Linie über diejenige im Deutschen Reiche angestellt werden. Der polnische Volkssplitter in Deutschland ist für die polnische Oeffentlichkeit nicht ein Gegenstand mitleidvoller Betreuung, sondern eine ausgesprochen politische Frage, mit der sich oft ausdrücklich, zum mindesten aber unausgesprochen territoriale Forderungen verbinden. Damit hat sich der Kreis der Betrachtung geschlossen: Das wachsende Interesse der polnischen Oeffentlichkeit an den auslandspolnischen Fragen nimmt seinen Ausgang von dem Interesse an den durch Versailles unbefriedigt gebliebenen, überspannten Gebietsforderungen der Polen. Und das wachsende Interesse an auslandspolnischen Fragen ist es wiederum, das eine Verstärkung und Neubelebung dieser Versailler Gebietsforderungen bewirkt.

Familiennamen und Volkszugehörigkeit

Die litauische Propaganda hat den offensichtlichen Mißerfolg, den ihr im Jahre 1935 die Wahlen zum Memellandtag gebracht haben, dem Ausland gegenüber dadurch zu vertuschen versucht, daß sie der Mehrheit der Abgeordneten, die auf der deutschen Einheitsliste gewählt worden sind, unter Hinweis auf ihre wirklich oder angeblich litauisch klingenden Familiennamen die Zugehörigkeit zum deutschen Volkstum bestritten hat. In diese Kerbe hat vor einiger Zeit auch der „Baltische Beobachter", das deutschsprachige von den litauischen Amtsstellen ausgehaltene Propagandaorgan in Memel, gehauen. In einer Polemik gegen den deutschen Abgeordneten Tennigkeit hat dieses Blatt u. a. behauptet, daß 14 von den 24 Abgeordneten der Einheitsliste „aller Wahrscheinlichkeit nach litauischen Familien entstammen und folglich keine deutschen Abgeordneten . . . sein können." Diesem litauischen Versuch, die Frage nach der Volkszugehörigkeit auf ein falsches Gleis zu schieben, muß dreierlei entgegengehalten werden: 1. Es kommt nicht darauf an, was einer scheint, sondern darauf, was einer ist, d. h. nicht darauf, wie einer heißt, sondern darauf, wozu sich einer bekennt. 2. Es ist eine geschichtlich erwiesene Tatsache, daß in früherer Zeit zahllose deutsche Familiennamen teils mit, teils

ohne Zutun ihrer Träger litauisiert worden sind, bald dadurch, daß ihr Name einfach ins Litauische übersetzt worden ist, bald dadurch, daß der deutsche Name dem litauischen Sprachgebrauch durch Zufügung einer litauischen Endung oder sonstwie angepaßt worden ist, oder auch dadurch, daß dem Träger eines deutschen Namens ein sich aus den Umständen ergebender litauischer Bei- oder Spottname zugelegt worden ist. 3. Wenn die These der Litauer richtig wäre, daß der Familienname maßgebend für die Volkszugehörigkeit ist, dann müßte das litauische Volk auf viele seiner führenden Männer verzichten, da diese polnische, russische oder deutsche Namen tragen.

Zum ersten Punkte ist folgendes zu sagen: Die litauische Seite muß ebenso auf die Träger litauischer Namen, die sich zum Deutschtum bekennen, verzichten, wie die deutsche Seite gern auf Leute verzichtet, die trotz ihrer deutschen Namen und trotz ihrer deutschen Herkunft durch ihr politisches Handeln ihre bekenntnismäßige Zugehörigkeit zum Litauertum kundgetan haben. Uebrigens ist auch von litauischer Seite bei anderer Gelegenheit nicht der Name und nicht die Abstammung, auch nicht sonst irgendein „objektives Merkmal", sondern das persönliche Bekenntnis als das allein ausschlaggebende Element der Volkszugehörigkeit anerkannt worden. Es sei in diesem Zusammenhang noch einmal an die Rede des litauischen Staatspräsidenten Smetona vom 5. Januar d. J. erinnert, in der es u. a. geheißen hat: „. . . Der Typ des alten Polenlitauers, den der verstorbene Marschall Pilsudski darstellte, welcher sich bekanntlich rühmte, nicht polnischer, sondern litauischer Abstammung zu sein, ist zum Aussterben verurteilt. Heute ist die Zeit gekommen, sich so oder so zu entscheiden." Der Staatspräsident hat weiter versichert, daß Litauen „niemanden mit Gewalt zwingt, Litauer zu werden", sondern jedem die Freiheit läßt, „selbst zu entscheiden, was er sein will." Es ist daher auch ganz in Ordnung, wenn sich auch im Memelgebiet Menschen, die einen wirklich oder angeblich litauischen Namen tragen, für das Deutschtum entscheiden, dem sie sich innerlich verbunden fühlen.

Zum zweiten Punkt soll folgendes festgestellt werden: Auch unter den deutschen Abgeordneten des Memellandtages, die vom „Baltischen Beobachter" wegen ihrer litauisch klingenden Familiennamen als „Litauer" hingestellt werden, befinden sich einige, deren ursprünglich deutsche Familiennamen offensichtlich litauisiert worden sind. Das ist besonders deutlich bei dem Namen des Abgeordneten Dietschmons, der aus Deutschmann dem litauischen Sprachgebrauch angepaßt worden ist. Das gilt auch für den Abgeordneten Tydecks, in dessen Namen noch deutlich die ursprüngliche, deutsche Form Tiedke durchscheint. Der Name des Abgeordneten Pranaitis geht auf die litauisierte Form für Franz, Pranas, zurück. Weiter befinden sich unter den angeblich „litauischen" Abgeordneten der deutschen Einheitsliste mehrere, deren Namen sich nicht aus der litauischen Sprache ableiten lassen, sondern offenbar auf altpreußische Wortstämme zurückgeführt werden müssen. So leitet sich der Name des Abgeordneten Gailius vom altpreußischen gailis (= weiß), nicht aber aus einem litauischen Wortstamme ab. Ebenso wird man bei der Erklärung der Namen der Abgeordneten Tennigkeit und Kybrancas nicht auf litauische, sondern auf altpreußische Wortstämme zurückgehen müssen. Wie der „Baltische Beobachter" schließlich einen Namen wie den des Abgeordneten Schmidt als litauisch bezeichnen kann, muß vollends unerklärlich erscheinen.

Zum dritten Punkt seien folgende Bemerkungen gemacht: Wenn man der litauischen These folgen und den Familiennamen als maßgebend für die Volkszugehörikeit ansehen wollte, könnte man dem litauischen Volk einen beträchtlichen Teil seiner politisch, kulturell und wirtschaftlich führenden Schichten „wegoperieren." Aus der endlosen Reihe der nichtlitauischen Familiennamen, die überzeugte Litauer zu Trägern haben, sollen nur einige wenige, aber bezeichnende Beispiele angeführt werden. Der ehemalige litauische Staatspräsident Stulginskas hat früher Stulginski geheißen. Der ehemalige litauische Ministerpräsident Galvanauskas hat früher auf die polnische Ursprungsform dieses Namens gehört. Der Erwecker des litauischen Schrifttums Basanovicius hat den polnischen Namen Basanowicz getragen. Der litauische General Adamkevicius hat auf seinen alten polnischen Namen Adamkewicz verzichtet. Oder andere Beispiele, die die Litauisierung deutscher Familiennamen beweisen: Der litauische Justizminister, einer der fanatischsten Deutschenhasser, heißt von Hause aus Schilling, nennt sich aber Silingas. Der Generalstaatsanwalt beim Kauener Kriegsgericht nennt sich Wimeris und hat früher, als Abkömmling einer aus dem Salzburgischen stammenden deutschen Familie, Wiemer geheißen. Der litauische Fliegeroffizier Heidrikas verbirgt unter dieser

litauisierten Form seinen guten deutschen Namen Heydrich. Ein Vorstandsmitglied des Litauischen Aeroklubs heißt Krygeris, früher hat der Mann Krüger geheißen. Der ehemalige Gouverneur des Memelgebietes und jetzige Oberbürgermeister von Kauen hat seinen deutschen Namen Merk in Merkys verwandelt. Den litauischen Kriegskommandanten des Memelgebietes Liormonas kann man daran erinnern, daß er eigentlich Lörmann heißt. Ein höherer litauischer Postbeamter in Memel hat es für zweckmäßig gehalten, seinem deutschen Namen Listander die litauische Endung „is" anzuhängen. Einer seiner Kollegen hat sich aus einem Lauter in einen Lauteris verwandelt. Auch der ehemalige Diktator Litauens hat ursprünglich nicht Woldemaras, sondern schlicht und einfach Waldemar geheißen. Vor dem schon erwähnten Merkys hat auf dem Posten eines Oberbürgermeisters von Kauen ein Mann namens Graurogkas gesessen, in welchem Namen man sehr leicht noch einen verschandelten Graurock wiedererkennt. Ebenso kann man den obersten Veterinärarzt von Kauen Sikeris daran erinnern, daß der von seinen Eltern ererbte Name Schicker gelautet hat. Dem Ministerialrat Vokietaitis in Kauen kann man die berechtigte Frage vorlegen, ob sein Name, der nichts anderes als „der Deutsche" bedeutet, nicht etwa doch etwas mit der Volkszugehörigkeit seiner Voreltern zu tun gehabt hat. Und der Rektor der Universität Kauen, der auf den Namen Römeris hört, muß zugeben, daß das „is" an seinem Namen eine spätere Zutat darstellt. Daß die Leute, die sich als die Vorkämpfer eines memelländischen Litauertums aufspielen, gleichfalls ihre ursprünglich deutschen Namen durch die Anhängung fremder Endsilben getarnt haben, wie Borchert (—as), Laser (—is) und manche andere, wirft auf die psychologischen Untergründe der „litauischen" Bewegung im deutschen Memelgebiet ein Licht, das viel zu denken gibt.

Diese Leute mit den litauisierten Namen sind es dann in der Hauptsache auch, denen besonders viel daran liegt, daß die Namenslitauisierung auch im Memelgebiet in großem Stil durchgeführt wird. Es ist im Jahre 1935 gewesen, da hat das statutwidrige Direktorium Bruvelaitis dem Statistischen Amt in Memel den Auftrag erteilt, die notwendigen Vorbereitungen für die Litauisierung der Orts- und Familiennamen des Memelgebietes in die Wege zu leiten. Wohin eine solche Aktion, wenn sie tatsächlich in Angriff genommen wird, führen kann, kann man sich denken, wenn man sich z. B. vergegenwärtigt, daß der vor einigen Jahren verstorbene litauische Schriftsteller Bronzis, der sich um die „Erforschung des litauischen Namensgutes verdient gemacht" hat, u. a. die Behauptung aufgestellt hat, daß Köln von lit. kelmo (= Hose), Calais von lit. kali (= Hündin), Babel von lit. boba (= Weib) herstammen und daß die Schweden ihren Volksnamen von lit. zuvi feda (= Fischfresser) und die Norweger den ihren von lit. noreta vogti (= Ideendiebe) herleiten.

Vom deutschen Volkskampf in Polen

Deutsche Interpellation zum Grenzzonengesetz

Senator Wiesner hat im Warschauer Senat eine Interpellation an den polnischen Innenminister eingebracht, in der er auf die unhaltbaren Verhältnisse hinweist, die sich aus der Verordnung über die Staatsgrenzen vom 23. Dezember 1936 für die Kreditgewährung auf Grund von dinglichen Sicherheiten an Personen ergeben, deren Grundstücke in der Grenzzone liegen. Es muß vorweg bemerkt werden, daß diese Interpellation nur eine der vielen wirtschaftlichen Behinderungen behandelt, die sich für die im Bereich der Grenzzone siedelnden Deutschen der Westwojewodschaften Polens ergeben. Die Interpellation geht von der Feststellung aus, daß nach Artikel 12 Abs. 8 der genannten Verordnung die Belastung von in der Grenzzone gelegenen Grundstücken mit Geldverpflichtungen zugunsten von Ausländern, ausländischen Rechtspersonen und von inländischen Rechtspersonen, deren Vorständen oder Aufsichtsorganen Ausländer angehören, oder bei denen auch nur ein Teil der Anteile oder Aktien Ausländern gehört, der Genehmigung des zuständigen Wojewoden bedarf. Die Interpellation stellt dann u. a. folgendes fest:

Es wird den meisten Banken und Genossenschaften verhältnismäßig leicht sein, die Staatsangehörigkeit der Mitglieder ihrer Vorstände und Aufsichtsräte nachzuweisen und nötigenfalls Ausländer durch Inländer zu ersetzen. Aber es ergeben sich ungeheure Schwierigkeiten bei dem Nachweis der polnischen Staatsbürgerschaft der

Masse der Genossen und Aktionäre dieser Kreditinstitute. Nach der Fassung des betreffenden Artikels sind die Kreditinstitute, die in der Grenzzone gelegene Grundstücke beleihen wollen, auch dann zur Einholung der Genehmigung des Wojewoden verpflichtet, wenn auch nur ein einziger Genosse oder Aktionär unter vielen Hunderten nicht die polnische oder Danziger Staatsangehörigkeit besitzt. Dieser Nachweis aber ist gerade bei größeren Kreditinstituten mit Umständen und Unkosten verknüpft, die in gar keinem Verhältnis zu der geringen Zahl der Ausländer stehen, die eventuell ihre Mitglieder sind, und die wegen ihrer geringen Zahl nicht den geringsten Einfluß auf die Kreditpolitik dieser Institute ausüben können. Die Nachprüfung der Staatsangehörigkeit der Genossen und Aktionäre wird aber vollends zu einer Schraube ohne Ende, wenn, wie so häufig, wiederum Rechtspersonen Mitglieder der betreffenden Institute sind und dann diese Rechtspersonen auch noch die Staatsangehörigkeitsnachweise für ihre Vorstände, Aufsichtsorgane und Mitglieder zu erbringen haben. Weitere Schwierigkeiten ergeben sich daraus, daß die meisten Aktienbanken nicht Namensaktien, sondern auf den Inhaber lautende Aktien herausgegeben haben. Es ist diesen Banken praktisch unmöglich, nachzuweisen, in welchem Umfange sich die auf den Inhaber lautenden Aktien in den Händen von Ausländern befinden.

All das, so stellt die Interpellation schließlich fest, ist den Behörden seit langem bekannt. Sie haben bisher aber noch nicht die geringsten Anstalten getroffen, die Schwierigkeiten und Unklarheiten aus dem Wege zu räumen, so daß die interessierten Kreditinstitute und ihre Kunden oft schon seit Monaten vergebens auf die Erledigung der bei den Wojewoden eingereichten Anträge warten. Die Folge davon ist, daß ein Teil der in der Grenzzone gelegenen Kreditinstitute unter einer unnatürlichen und unwirtschaftlichen Geldflüssigkeit leidet, daß jede Investitionstätigkeit, die sich einen Teil des erforderlichen Kapitals durch Beleihung von Grundstücken beschaffen möchte, lahmgelegt wird, und daß weiter Erbauseinandersetzungen, Kaufverträge und sonstige Verträge, deren Durchführung von der Beleihungsmöglichkeit von Grundstücken durch Kreditinstitute abhängig ist, seit vielen Monaten unmöglich geworden sind. Es läßt sich leicht ermessen, wie die in der Interpellation angedeuteten Verhältnisse vor allem den Kreditinstituten der deutschen Volksgruppe die Kreditgewährung erschweren und den grundbesitzenden Teil der deutschen Volksgruppe an der Kreditaufnahme behindern. Die Grenzzonenverordnung stellt also auch in dieser Beziehung eine schwere Gefährdung des wirtschaftlichen Bestandes der deutschen Volksgruppe dar, zumal diese zum weitaus größten Teil innerhalb der Grenzzone ansässig ist.

Im Kampf um die deutsche Schule

Aehnlich wie die Deutschen verschiedener Kolonien Wolhyniens kämpfen auch die deutschen Kolonisten von Sofiowka in Polesien seit langem um ihre deutsche Schule einen verzweifelten Kampf. Vor Jahren haben die Sofiowker Deutschen ein neues Gebäude für ihre private Volksschule errichtet. Die behördliche Baukommission hat das Gebäude als gut und geeignet bezeichnet. Trotzdem steht das Haus seit zwei Jahren leer. Denn die zuständige Schulbehörde verweigert aus kleinlichen Gründen die Eröffnung der Schule. Dem von den Kolonisten vorgeschlagenen deutschen Lehrer hat man die Bestätigung im Lehramt versagt. Man hat in der Kolonie eine Staatsschule mit polnischer Unterrichtssprache errichtet, einen polonisierten Deutschen als Lehrer nach Sofiowka geschickt und angekündigt, daß man diese polnische Schule unter allen Umständen, notfalls auch mit zwei oder drei Kindern, durchhalten werde. Die Deutschen von Sofiowka aber haben ihre Kinder nach einer mehr als 200 Kilometer weit entfernten deutschen Kolonie Wolhyniens in eine deutsche Schule geschickt. Daraufhin hat man die deutschen Eltern mit Verdächtigungen und Verleumdungen, mit Prozessen, Einbrüchen und Ueberfällen gefügig zu machen versucht. Man hat ihnen schließlich auch ihr Deutschtum bestritten, sie als „holendry", die nicht deutsch, sondern holländisch sprechen, hinzustellen und ihnen auf diese Weise die sachliche Berechtigung zum Unterhalt einer deutschen Schule abzustreiten versucht, und das, obwohl die Kolonisten seit 125 Jahren

unverbrüchlich an ihrer deutschen Muttersprache festhalten und ebenso lange eine evangelische Kantoratsschule mit deutscher Unterrichtssprache besessen haben!

Auch in Neutomischel im Posenschen steht das Deutschtum in einem bitteren Kampf um seine Schule. Auch dort gibt es ein neues deutsches Schulgebäude, das aber nicht benutzt werden darf, da die zuständige polnische Behörde behauptet, daß das Gebäude den baupolizeilichen Anforderungen nicht genüge. Mehrere Umbaupläne, die der Deutsche Schulverein, um die angeblichen Mängel abzustellen, eingereicht hat, sind von der Behörde abgelehnt worden. Zugleich hat man dem Deutschen Schulverein die bisher von ihm gemieteten Räume entzogen. Den Eltern hat man die Aufforderung zugehen lassen, ihre Kinder in die deutschsprachige Abteilung der öffentlichen Schule, an der ausschließlich nationalpolnische Kräfte unterrichten, zu schicken. Die Eltern von 70 Kindern haben sich geweigert, dieser Aufforderung Folge zu leisten. Man hat sie daraufzu Geldstrafen verurteilt (für jeden versäumten Schultag 2 Zloty, im ganzen 2 600 Zloty!), und um ihnen die Hoffnung auf einen Erfolg ihres Widerstandes zu nehmen, hat man am 29. Januar die Neutomischler deutsche Schule vollends geschlossen, obwohl kurze Zeit vorher jenseits der Grenze von den deutschen Behörden die Genehmigung zur Eröffnung eines polnischen Kindergartens in Posenbrück erteilt worden war.

Einen neuen schweren Schlag haben die polnischen Behörden gegen die öffentliche Schule mit deutscher Unterrichtssprache in Friedenshütte (Ostoberschlesien) geführt. Nachdem vor längerer Zeit bereits der deutsche Lehrer Schmidt von der Schule entfernt worden war, hat Ende Januar auch die letzte deutschstämmige Lehrkraft dieser Anstalt, Lehrer Brandys, auf Anweisung aus Warschau seine Entlassung erhalten. Der Unterricht an der deutschen Abteilung der Friedenshütter Schule, auch der deutsche Sprach- und der Religionsunterricht, ist an nationalpolnische Lehrkräfte übergegangen. Von einem Teil der deutschen Eltern ist dieses Vorgehen der polnischen Behörden bereits vor einiger Zeit mit der Ummeldung ihrer Kinder in die deutsche Privatschule in Antonienhütte beantwortet worden. — Auch die öffentliche Schule mit deutscher Unterrichtssprache in Siemianowitz hat eine deutsche Lehrkraft verloren. Mit Wirkung vom 1. Februar hat das Wojewodschaftsamt der Lehrerin Mitz, die an der Siemianowitzer Schule seit deren Bestehen tätig gewesen ist, „bis auf weiteres" die Ausübung ihrer Lehrtätigkeit untersagt.

„Eine krasse Vergewaltigung der Kirche"

Seit der Absetzung und Ausweisung verschiedener deutscher Geistlicher ist das kirchliche Leben der Unierten Evangelischen Kirche Ostoberschlesiens in wachsende Verwirrung geraten. Die Schuld tragen die den Gemeinden aufgezwungenen neuen Geistlichen, die entweder Renegaten oder Nationalpolen und durchweg Angehörige der Evangelischen Kirche Augsburgischen Bekenntnisses sind. Einige neue Beispiele können den bereits schon früher angeführten („Ostland" Nr. 3/1938, Seite 50) zugefügt werden. In einer Filialgemeinde wie Friedrichshütte, die früher vierzehntägig von Tarnowitz aus mit Predigtgottesdiensten bedient wurde, ist zwei Monate lang kein Gottesdienst veranstaltet worden. In Tarnowitz selbst sind die früher regelmäßig abgehaltenen Kindergottesdienste eingestellt worden. In der Filialgemeinde Tichau hat sich der neue polnische Geistliche von Nikolai, der diese Filiale mit zu versorgen hat und — nebenbei bemerkt — der deutschen Sprache unkundig ist, mit Hilfe der Polizei in den Besitz des Schlüssels des Bethauses gesetzt und dadurch der Gemeinde dessen Benutzung unmöglich gemacht. Den deutschen Organisten, der ihm erklärte, daß für ihn nur die Anweisungen des Gemeindekirchenrates maßgebend seien, hat er entlassen. Für die Teilnahme an dem ersten Gottesdienst, den der neue polnische Geistliche der Kattowitzer Kirchengemeinde gehalten hat, hat bezeichnenderweise nicht nur das evangelisch-polnische Kirchenblatt, sondern auch die katholisch-klerikale „Polonia" Propaganda gemacht, so daß dieser evangelische Gottesdienst (natürlich nicht aus konfessionellem Interesse) auch von polnischen Katholiken besucht worden ist. Der neue polnische Geistliche von Ruptau im Kreise Rybnik hat der rein deutschen Gemeinde gedroht, daß er mit einem „eisernen Besen" aufräumen werde. Daß die Gemeinde die von einem solchen Seelsorger angesetzten Gottesdienste nicht besucht, versteht

sich von selbst. Den Rendanten der Ruptauer Kirchengemeinde hat ein Beauftragter des Vorläufigen Kirchenrates unter Zuziehung eines Polizeibeamten und Androhung von Repressalien zur Auslieferung sämtlicher Kassensachen, Bücher und Schlüssel gezwungen. Ein ähnlicher Fall hat sich in Schoppinitz abgespielt, wo zwei polnische Beamte unter Vorweisung einer schriftlichen Order des Wojewoden Grazynski eine Ueberprüfung des evangelischen Pfarramtes vornehmen wollten. Am 8. Februar hat der Geistliche der Gemeinde Lipine, Pfarrer Scholz, den Ausweisungsbefehl erhalten. Pfarrer Scholz ist der letzte reichsdeutsche Geistliche Ostoberschlesiens gewesen. Er hat das polnische Staatsgebiet bis zum 28. Februar zu verlassen.

In diesem Zusammenhange verdient das Urteil Beachtung, das in dem großen Sammelwerk „Ekklesia", einer Sammlung von Lageberichten über die Verhältnisse der christlichen Kirchen der Welt, über die Kirchenpolitik des Wojewoden Grazynski gefällt worden ist. Der Verfasser, D. Siegmund-Schultze, bezeichnet die Behandlung der Unierten Evangelischen Kirche Ostoberschlesiens als „eine krasse Vergewaltigung der Kirche", „ja als den krassesten Fall der Vergewaltigung einer protestantischen Kirche durch einen Staat, der überhaupt in dieser an krassen Fällen nicht armen Zeit vorgekommen ist." Es heißt dann u. a. über das Gesetz, das die Unierte Evangelische Kirche der Gewalt des polnischen Staates ausgeliefert hat: „Die Brutalität des Gesetzes geht so weit, daß es die Ernennung des Landeskirchenrates praktisch in die Hände des — selbstverständlich katholischen — Wojewoden legt, das Recht der Pfarrerwahlen den Gemeinden nimmt und die provisorische Besetzung aller Aemter dem neuen Kirchenrat in Verbindunug mit dem Wojewoden überträgt." Das Verhalten der evangelischen Polen, die aus den Händen des Wojewoden kirchliche Aemter annehmen, wird als „ein offensichtlicher Verrat an der evangelischen Sache" bezeichnet. Dieses Urteil ist scharf, aber gerecht. Es muß nur noch hinzugefügt werden, daß der Kampf des polnischen Staates gegen die evangelischen Kirchen nicht allein und nicht in erster Linie der im polnischen Volke immer lebendigen Unduldsamkeit gegen nichtkatholische Konfessionen entspringt, sondern daß den wesentlichsten Anlaß zu diesem Kirchenkampfe die Tatsache bildet, daß die evangelischen Kirchen Polens in der ganz überwiegenden Mehrzahl ihrer Mitglieder deutsche Gemeinschaften sind, die zerstört werden sollen.

18 Jahre Hultschiner Ländchen

Am 4. Februar 1920 rückte tschechisches Militär in das Hultschiner Ländchen ein.

In allen östlichen Gebieten, die durch Versailles vom Deutschen Reiche losgetrennt wurden, ließ die Bevölkerung, soweit sie nach ihrer Meinung gefragt wurde, in weit überwiegender Mehrheit ihren Willen erkennen, mit dem deutschen Mutterlande verbunden zu bleiben. So war es in Masuren und im westpreußischen Abstimmungsgebiet, wo sich im Juli 1920 97,9 v. H. bezw. 92,4 v. H. für Deutschland erklärten. So war es auch in Oberschlesien, wo im März 1921 trotz blutigen polnischen Terrors und französischer Heimtücke 60 v. H. der Bevölkerung ihr Bekenntnis zu Deutschland ablegten. In den meisten der übrigen, ohne offizielle Abstimmung vom Reiche abgetrennten Gebiete brachte die Bevölkerung auf andere Weise durch freiwillige Abstimmung, durch Unterschriftensammlung usw., ihr nationalpolitisches Bekenntnis zum Ausdruck. Im Memelgebiet ergab z. B. eine im Jahre 1921, also zur Zeit der französischen Besetzung veranstaltete Elternbefragung, daß die Eltern von nicht weniger als 97,9 v. H. der Volksschüler für ihre Kinder nicht litauischen, sondern deutschsprachigen Lese- und Schreibunterricht wünschten. Für die vom Reiche abgetrennten Teile der Provinz Westpreußen kann das Ergebnis der Wahlen zur Nationalversammlung im Jahre 1919 zur Kennzeichnung der nationalpolitischen Gesinnung der Bevölkerung angeführt werden; da die polnische Seite, die damals (auch im kaschubischen Gebiet!) der deutschen Seite an politischer Aktivität und Geschlossenheit weit überlegen war, Wahlenthaltung proklamiert hatte, können unter Berücksichtigung der notorischen Nichtwähler die 55 v. H. der Wahlberechtigten, die ihre Stimme auf die Listen der

deutschen Parteien abgaben, als die Mindestzahl derer angesehen werden, die sich im Falle einer offiziellen Volksabstimmung für Deutschland ausgesprochen haben würden.

Zu den Gebieten, deren Bevölkerung sich das ihr von den Gewalthabern der Pariser Diktatskonferenzen vorenthaltene Selbstbestimmungsrecht aus eigener Kraft zu erkämpfen versuchten, gehörte auch das Hultschiner Ländchen. Auf die Nachricht von der drohenden vorbehaltlosen Auslieferung des Ländchens an die Tschecho-Slowakei fanden in der Stadt Hultschin und in allen Dörfern spontane Protestkundgebungen statt. Es wurde eine freiwillige Volksabstimmung veranstaltet, bei der sich innerhalb von zwei Tagen 93,7 v. H. der Bevölkerung für ein Verbleiben beim Deutschen Reiche aussprachen. Aber auf diesen überzeugenden Beweis der deutschen Gesinnung der Hultschiner wurde keine Rücksicht genommen. Masaryk, an dessen professoral-demokratische Gesinnung die Führer der Hultschiner in der Hoffnung appellierten, in ihm einen Fürsprecher des Selbstbestimmungsrechtes zu finden, erklärte, daß er prinzipiell jedes Plebiszit ablehnen müsse. Als dann nach der offiziellen Lostrennung vom deutschen Mutterlande tschechische Truppen in das Hultschiner Ländchen einrückten, wurde diesen Vertretern der neuen Gewalt in verschiedenen Orten mit stürmischen Deutschtumskundgebungen ein unerwarteter Empfang bereitet. Es dauerte noch einige Jahre, bis die Frage der Versailler Grenzziehung im Hultschiner Ländchen endgültig zur Ruhe kommen sollte. Bis zum Jahre 1923 blieben die Gemeinden Haatsch, Owschütz und Sandau im Nordosten des Ländchens und die Steuberwitzer Ecke, auf die die Tschechen erst später Anspruch erhoben hatten, strittiges Gebiet. Die Steuberwitzer Ecke und die kleine Gemeinde Owschütz blieben schließlich dem Deutschen Reiche erhalten. Die beiden großen Dörfer Haatsch und Sandau aber wurden noch nachträglich der Tschecho-Slowakei zugesprochen, und zwar wiederum gegen den ganz eindeutigen Willen ihrer Bewohner. Noch einmal war es in den bedrohten Gemeinden zu einer machtvollen Bekundung des deutschen Volks-, Staats- und Kulturwillens gekommen. In einer freiwilligen Abstimmung, die in den drei genannten Gemeinden im Juni 1922 durchgeführt worden war, hatten sich 99 v. H. der Bewohner für ein Verbleiben beim deutschen Mutterlande erklärt; unter den 2 265 abgegebenen Stimmen hatte es nur 19 Stimmen für die tschechische Seite gegeben!

Trotz der Abwanderung zahlreicher deutschgesinnter Hultschiner, trotz der Masseneinfuhr tschechischer Elemente, die als Siedler, Beamte, Arbeiter usw. ins Land kamen, trotz der restlosen Unterdrückung des deutschen Schulwesens und sogar des deutschen Privatunterrichtes und trotz eines mit allen Mitteln der seelischen und wirtschaftlichen Erpressung durchgeführten Seelenfanges blieb das Hultschiner Ländchen in der weit überwiegenden Mehrheit seiner Bewohner bis auf den heutigen Tag ein deutsches Gebiet. Davon legten alle Wahlen immer wieder Zeugnis ab. Bei den Gemeinderatswahlen vom 16. September 1923 (mit verschiedenen Nachwahlen im Jahre 1924) gaben 55 v. H. der Wahlbeteiligten ihre Stimme für die deutschen Listen ab. Die nationaltschechischen Parteien konnten 34 v. H. der Stimmen gewinnen, der Rest entfiel auf die national indifferenten Parteien. Am 15. November 1925 fanden die Parlamentswahlen statt. Dabei stimmten bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus 61,64 v. H. und zum Senat 62,47 v. H. für die deutschen Listen, während sich die tschechischen Parteien mit 33,05 bzw. 33,08 v. H. der Stimmen begnügen mußten. Bei den Parlamentswahlen vom 27. Oktober 1929 konnten die deutschen Parteien wiederum 59,9 v. H. der Stimmen auf sich vereinen, wogegen die tschechischen Parteien 35,5 v. H. der Stimmen erreichten. Einen neuen Aufstieg der deutschen Stimmen brachten die Parlamentswahlen vom 19. Mai 1935. 74,0 v. H. der abgegebenen Stimmen entfielen auf die deutschen Parteien, davon auf die Sudetendeutsche Partei Konrad Henleins allein 88 v. H.; die tschechischen Parteien mußten sich mit 24,6 v. H. der Stimmen begnügen.

Die angeführten Zahlen beweisen eindeutig den deutschen Charakter des Hultschiner Ländchens. Zur Zeit der Abtrennung neigte das nationale Bekenntnis der Bewohner fast hundertprozentig zu Deutschland. Der gewaltsame Einbruch des Tschechentums, verbunden mit der Massenzuwanderung tschechischer Kampfelemente, vermochte zwar in den ersten Jahren nach der Abtretung vom Reich eine gewisse Verwirrung und Unsicherheit in die Bevölkerung des Ländchens zu tragen. Es siegte schließlich aber doch wieder das Bekenntnis der Bevölkerung zum Deutschtum,

das niemals ernstlich in Frage gestellt werden konnte. Was sich heute in Hultschin zur tschechischen Seite bekennt, gehört nicht der alteingesessenen Bevölkerung an, sondern ist ausnahmslos zugewandertes Tschechentum, dem mit verzweifeltem Mut um sein deutsches Lebensrecht kämpfenden Ländchen weder eine historische, noch eine moralische Existenzberechtigung hat.

Der Handel mit den baltischen Staaten

Der Außenhandel mit den drei baltischen Randstaaten, Estland, Lettland und Litauen, spielt, rein zahlenmäßig gesehen, eine nur sehr bescheidene Rolle im Rahmen des Gesamtaußenhandels des Deutschen Reiches. Der Anteil der drei Länder an der deutschen Gesamteinfuhr und -ausfuhr hat im Jahre 1936 zusammen nur 1,3 v. H. betragen. Eine ganz andere zahlenmäßige Bedeutung hat der Außenhandel mit Deutschland dagegen für die drei Staaten. Es entfielen im Jahre 1936 von der Einfuhr und der Ausfuhr Estlands 29,8 v. H. bzw. 22,5 v. H. auf Deutschland. Die entsprechenden Zahlen für Lettland betrugen in demselben Jahre 38,4 bzw. 30,8 v. H. und für Litauen 9,3 bzw. 10,8 v. H. Während sich der deutsche Anteil am Außenhandel Lettlands und Estlands während des letzten Jahrzehnts einigermaßen auf derselben Höhe zu halten vermochte, ging die Bedeutung Deutschlands als Handelspartner Litauens in dieser Zeit ungemein scharf zurück. Der deutsche Anteil an der litauischen Einfuhr betrug im Jahre 1928 nicht weniger als 50,5 v. H. und an der litauischen Ausfuhr sogar 57,7 v. H. Der bloße zahlenmäßige Vergleich läßt also Deutschland als den (nach England) wichtigsten Handelspartner der drei baltischen Länder, diese selber aber als recht nebensächliche Partner Deutschlands erscheinen. Ein etwas anderes Gesicht erhält ein solcher Vergleich jedoch, wenn man die Art der Waren, insbesondere der Waren, die diese Länder nach Deutschland einführen, betrachtet. Da zeigt es sich nämlich, daß das Deutsche Reich im Jahre 1936 immerhin etwa 25 v. H. seiner Schweineeinfuhr, 13 v. H. seiner Buttereinfuhr und 10 v. H. seiner Bau- und Nutzholzeinfuhr aus diesen Ländern bezog.

Ueber die wertmäßige Entwicklung des deutschen Außenhandels mit den drei baltischen Staaten seien folgende Angaben gemacht. Die deutsche Einfuhr nach Estland, die im Jahre 1928 44,6 Mill. RM. betragen hatte, ging bis zum Jahre 1930 auf 8,0 Mill. RM. zurück, um bis zum Jahre 1936 wieder auf 17,6 Mill. RM. zu steigen. Die estländische Ausfuhr nach Deutschland belief sich in den drei genannten Jahren auf 36,9 Mill., 8,8 Mill. und 12,7 Mill. RM. An dem Rückgang, der bereits im Jahre 1930 einsetzte und im Jahre 1933 seine schärfste Ausprägung erfuhr, trug in der Hauptsache die allgemeine Wirtschaftskrise die Schuld, die den estländischen Außenhandel im Laufe eines Jahrfünfts auf etwa ein Viertel seines wertmäßigen Standes von 1928 zusammenschrumpfen ließ. Bei Lettland war dasselbe der Fall. Der lettländische Außenhandel verlor gleichfalls innerhalb eines Jahrfünfts fast drei Viertel seines Wertvolumens von 1928. Die Einfuhr aus Deutschland, die im Jahre 1928 102,3 Mill. RM. betragen hatte, sank im Jahre 1933 auf 16,9 Mill. RM. zusammen und verdoppelte sich bis zum Jahre 1936 wieder auf 34,0 Mill. RM. Die entsprechenden Zahlen für die lettländische Ausfuhr nach Deutschland betrugen 55,8 Mill., 16,1 Mill. und 31,1 Mill. RM. Von den drei baltischen Ländern hatte, nach den Außenhandelsziffern zu urteilen, Litauen unter der Weltwirtschaftskrise verhältnismäßig am wenigsten zu leiden. Sein Gesamtaußenhandelsvolumen ging wertmäßig von 1928 bis 1933 nur um etwa die Hälfte zurück. Ungemein scharf aber war der Rückgang des litauischen Außenhandels mit Deutschland. Unter dem Einfluß des durch die litauische Politik im Memelgebiet provozierten Wirtschaftskrieges kam der deutsch-litauische Warenverkehr im Jahre 1935 nahezu völlig zum Erliegen. Im Jahre 1928 hatte Litauen für 61,0 Mill. RM. Waren aus Deutschland eingeführt und für 61,5 Mill. RM. dorthin ausgeführt. Im Jahre 1935 schrumpften die Einfuhr aus Deutschland auf 6,1 Mill. RM. und die Ausfuhr dorthin sogar auf 2,3 Mill. RM. zusammen. Das Jahr 1936 leitete dann

nach dem Abschluß des neuen deutsch-litauischen Wirtschaftsabkommens eine neue Aufwärtsentwicklung des Warenverkehrs ein.

Unter den Waren, die das Deutsche Reich aus den baltischen Ländern bezieht, stehen, der wirtschaftlichen Struktur dieser Länder entsprechend, Agrarerzeugnisse und Rohstoffe naturgemäß weitaus an erster Stelle. Im vergangenen Jahre waren es, der wertmäßigen Größe nach geordnet, vorwiegend Butter, Schweine, Sämereien, Holz, Eier und Flachs, die Litauen nach Deutschland ausführte. In der lettländischen Ausfuhr nach Deutschland nahmen dieselben Waren, nur in anderer Reihenfolge, die Hauptposten ein: Holz, Butter, Sämereien, Flachs und Schweine. Dieselben Waren kehrten auch in der estländischen Ausfuhr nach Deutschland wieder: Butter, Flachs, Holz, Eier und Schweine. Doch trat als verhältnismäßig wichtiges Exportgut Estlands Baumwollgarn in Erscheinung. Erwähnung verdient auch, daß im vergangenen Jahre zum ersten Mal in größerem Umfange Oel, das Estland aus seinen reichen Oelschiefervorkommen gewinnt, nach Deutschland ausgeführt wurde. In der Einfuhr der baltischen Länder aus Deutschland standen im vergangenen Jahre nach wie vor chemische und pharmazeutische Erzeugnisse, Eisenwaren, Textilwaren, elektrotechnische Erzeugnisse, Kunstdünger usw. im Vordergrund.

Im Ganzen läßt sich feststellen, daß sich der deutsche Außenhandel mit Estland langsam und sicher aufwärtsentwickelt, ohne daß sich ernstere Störungsfaktoren voraussehen ließen. Bei Lettland haben die angestrengten Bemühungen der Rigaer Regierung um eine Hebung der eigenen Industrie dazu geführt, daß sich in den letzten Jahren die Erwartungen der deutschen Exporteure nicht erfüllten. Die Handelsbeziehungen mit Litauen, die sich seit der Beilegung des Wirtschaftskrieges günstig entwickeln, stehen mehr als diejenigen mit den beiden anderen baltischen Staaten unter dem Zeichen einer politischen Konfliktsmöglichkeit.

Ostland-Chronik

Deutsche sollen für Auslandspolen spenden

Der Macierz Szkolna w Gdansku, d. i. der polnische Schulverein in Danzig, hat zum Jahreswechsel an alle möglichen Personen und Verbände in Polen Schreiben verschickt, in denen er den Empfängern zunächst die herzlichsten Neujahrswünsche ausspricht. Dann heißt es weiter: „Bei dieser Gelegenheit, wie übrigens alljährlich beim Jahreswechsel, bittet der Schulverein höflichst um den Ankauf des beiliegenden ‚Bausteins' für 5 Zloty zum Bau neuer polnischer Schulen in Danzig. Wir hoffen, daß die Arbeit des Danziger Schulvereins an der Erweckung der polnischen nationalen Kräfte in Danzig im polnischen Volk im Lande die gebührende Einschätzung, Verständnis und Unterstützunug finden wird." Daß von polnischer Seite auf diese oder jene Weise für das polnische Schulwesen im Ausland Mittel gesammelt werden, ist bekannt und in Ordnung. Daß aber die Aufforderung, sich an der Aufbringung dieser Mittel zu beteiligen auch deutschen Volkstumsorganisationen in Polen zugesandt wird, ist zum mindesten geschmacklos. Das aber ist mit dem angeführten Schreiben in einer ganzen Reihe von Fällen geschehen. Es ist das übrigens nicht das erste Mal gewesen. Schon im Frühjahr des vergangenen Jahres ist man an die deutschen Volkstumsorganisationen und an zahlreiche Angehörige der deutschen Volksgruppe in Polen mit dem Ansinnen herangetreten, sich durch Geldspenden an der Förderung und Unterstützung des Auslandspolentums zu beteiligen. Im umgekehrten Falle, wenn sich z. B. der VDA. mit einem entsprechenden Ansinnen an den Bund der Polen in Deutschland wenden würde, würde die polnische Presse wohl ein großes Geschrei über diese „deutsche Unverschämtheit" erheben.

Danziger Politik 1938

Vor den Politischen Leitern und Waltern der Kreise Danzig-Innenstadt und -Außenstadt sprach am 2. Februar Gauleiter Forster über die Aufgaben der nationalsozialistischen Politik in der Freien Stadt Danzig. Der Gauleiter führte u. a. aus: „. . . Die gegenwärtige Lage stellt uns vor zwei Aufgaben: 1. Wir müssen

uns eine dauerhafte innere Ordnung schaffen, und zwar nach nationalsozialistischer Ueberlegung und Planung. 2. Die Freie Stadt Danzig muß nach außen hin ihren hundertprozent deutschen und nationalsozialistischen Charakter unmißverständlich herausstellen ... Die größte Sorge macht uns die Frage einer Hebung der Lebenshaltung der Danziger Bevölkerung. Wir sind auf die Ankurbelung der inneren Produktion und auf die Verstärkung des Umsatzes bedacht ... Wenn wir uns in Danzig so eingerichtet haben, daß die von uns geforderte innere Ordnung vorhanden ist, werden wir unserer Stadt auch das äußere städtebauliche Gesicht geben, das dieser Zeit des Aufbaus würdig ist. Ebenso muß durch großzügige Veranstaltungen Danzigs kulturelle und kulturpolitische Bedeutung in Erscheinung treten. Im übrigen werden wir dafür sorgen, daß auch wir die Lebensformen unserer reichsdeutschen Volksgenossen übernehmen, d. h. wir werden die nationalsozialistische Gesetzgebung auch hier in Anwendung bringen, damit die innere Gestaltung sich durch nichts von der des Reiches unterscheidet ... Wir alle kennen den Herzenswunsch der Danziger, wissen um ihre Sehnsucht seit dem Tage der Abtrennung und haben Verständnis für ihre Hoffnungen an die Zukunft. Was uns in Danzig am liebsten wäre, ist aber nicht entscheidend. Wichtig ist allein, womit wir dem Führer und dem deutschen Volke am besten dienen können, denn Außenpolitik wird nicht mit Herzenswünschen gemacht, sondern mit dem realen Verstand. Etwas anderes ist es, ob wir gläubig und hoffnungsvoll in die Zukunft schauen."

Polnischer Spitzeldienst in Danzig

Am 4. Februar wurde im Wartesaal des Danziger Hauptbahnhofes auf Anzeige eines polnischen Bahnbeamten ein polnischer Staatsangehöriger namens Josef Zemba, der einen Eisenbahner mit einer Schußwaffe bedroht hatte, verhaftet. Zemba hatte sich vor dem Schnellrichter wegen unbefugten Waffentragens und Bedrohung zu verantworten. Bei der Verhandlung stellte es sich heraus, daß Zemba sowohl einen Ausweis des polnischen Zollinspektorats wie einen Mitgliedsausweis der dem polnischen Kriegsministerium direkt unterstehenden Grenzwache bei sich trug. Zemba erklärte, einer der Beamten zu sein, denen von Seiten des polnischen Zollinspektorats der besondere Auftrag erteilt worden ist, in der Bahnhofshalle die aus Polen kommenden Reisenden zu beobachten und zu kontrollieren. Die Verhandlung ergab nicht mehr und nicht weniger, als daß Mitglieder einer polnischen militärischen Organisation, mit geladenen Schußwaffen versehen, auf dem Danziger Hauptbahnhof im Auftrage einer polnischen Dienststelle Spitzelarbeit besorgen. Zemba wurde zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Der Fall dürfte noch ein Nachspiel haben.

Fürst von Pleß †

In Paris, wo er Heilung von einem schweren Herzleiden suchte, starb am 31. Januar Hans Heinrich XV., Fürst von Pleß, Reichsgraf von Hochberg, Freiherr zu Fürstenstein, im 71. Lebensjahr. Der Fürst war in erster Ehe mit Daisy Mary Therese geb. Cornwallis-West und nach der Scheidung in zweiter Ehe mit Clotilde geb. de Silva y Candamo verheiratet. Aus der ersten Ehe stammen drei Söhne, Prinz Hans Heinrich XVII., Alexander Graf Hochberg und Graf Bolko, der 1936 gestorben ist. Der Fürst besaß die Herrschaften Pleß in Oberschlesien und Fürstenstein bei Waldenburg mit einem Grundbesitz von mehr als 50 000 Hektar. Sein Vermögen wurde vor dem Kriege auf über 100 Millionen Mark geschätzt. Es beruhte hauptsächlich auf den großen, erst zum Teil erschlossenen Kohlenvorkommen in dem an Polen gefallenen Teil Oberschlesiens. 1925 waren auf den ostoberschlesischen Gruben des Fürsten etwa 10 000 und 1931 noch etwa 7 800 Arbeiter und Angestellte beschäftigt. 1934 wurde das Pleßsche Vermögen in Polen unter Zwangsverwaltung gestellt. Von der Zwangsverwaltung wurden die deutschen Arbeiter und Angestellten, deren Rechte der damalige Beauftragte des Fürsten, Prinz von Pleß, gegen die Willkürherrschaft des Wojewoden Grazynski zu wahren versuchte, nahezu restlos entlassen. Die Beisetzung des Fürsten erfolgte am 7. Februar im Schloßpark zu Pleß.

Deutscher Großgrundbesitz in Galizien

Es ist wenig bekannt, daß es in Galizien neben dem deutschen Bauerntum und einigen kleinen städtischen Gruppen auch

noch eine, allerdings sehr kleine Gruppe deutscher Großgrundbesitzer gibt. Der deutsche Großgrundbesitz (über 50 ha) betrug im Jahre 1921 in den Wojewodschaften:

Krakau . . . 6 Güter mit 7 510 ha (= 2,3 v. H. des ges. Großgrundbesitzes)
Lemberg . . 22 Güter mit 35 720 ha (= 4,8 v. H. des ges. Großgrundbesitzes)
Stanislau . . 4 Güter mit 6 025 ha (= 1,8 v. H. des ges. Großgrundbesitzes)
Tarnopol . . 3 Güter mit 359 ha (= 0,1 v. H. des ges. Großgrundbesitzes)

Der deutsche Großgrundbesitz hat sich nur zum geringsten Teil in der neuen staatlichen Umgebung zu halten vermocht. Etwa drei Viertel des Bodens sind bisher aus deutschen in andersvölkische, fast durchweg in ukrainische Hände übergegangen. Die heute noch vorhandene deutsche Großgrundbesitzerschicht stellt also nur noch ein recht bescheidenes Grüppchen dar, das weit über das Land zerstreut ist und bisher zumeist weder mit dem deutschen Bauerntum noch mit den städtischen deutschen Gruppen in Beziehung steht. Die Gefahr der Polonisierung ist groß, die Notwendigkeit einer engeren Fühlungnahme untereinander und mit dem deutschen Kolonistentum dringend.

Der Binnenschiffsverkehr durch den Korridor

Durch die Beschränkung des Eisenbahntransitverkehrs durch den Korridor ist die Aufmerksamkeit der deutschen Wirtschaftskreise wieder auf den unter dem Zwang der Verhältnisse nach dem Kriege stark vernachlässigten Binnenschiffahrtsweg über Weichsel—Bromberger Kanal—Netze—Warthe gelenkt worden. Der Binnenwassertransport zwischen Ostpreußen und dem übrigen Reich ist in den letzten Jahren infolge der Behinderung des Schienentransportes beträchtlich gestiegen. Der Warentransport auf den an Polen gefallenen Durchgangswasserstraßen ist von 6 400 Tonnen im Jahre 1934 über 16 300 Tonnen im Jahre 1935 auf 64 200 Tonnen im Jahre 1936 und 69 000 Tonnen in den ersten neun Monaten des vergangenen Jahres gestiegen. Trotzdem im Frühjahr v. J. infolge langer Eissperre die Schiffahrt erst spät aufgenommen werden konnte und obwohl den ganzen Sommer hindurch niedrige Wasserstände die Verkehrsentwicklung ungünstig beeinflußten, hat das Jahr 1937 eine Verkehrssteigerung von etwa 30 v. H. gegenüber dem Vorjahr, also eine Gesamttransportleistung von etwa 85 000 Tonnen gebracht. Etwa drei Siebentel der Güter sind von Ostpreußen in westlicher und vier Siebentel in umgekehrter Richtung befördert worden. Während bis 1934 auf dem Binnenwasserwege durch den Korridor in westöstlicher Richtung fast ausschließlich Baumaterialien und in umgekehrter Richtung ganz vorwiegend Holz und Zellulose befördert wurden, sind im vergangenen Jahre erhebliche Mengen zubereiteter Lebensmittel, hochwertiger Industrieerzeugnisse, Mineralstoffe, Eisenwaren usw. nach Ostpreußen und von Ostpreußen außer Zellulose und Holzwaren große Mengen landwirtschaftlicher Erzeugnisse usw. dem Binnenwasserwege anvertraut worden. In der Zeit von Ende März bis Ende September haben 212 Schiffe in westöstlicher und 181 Schiffe in ostwestlicher Richtung die polnischen Durchgangswasserstraßen passiert.

Ordensburg der NSDAP in Marienburg

Wie Reichsleiter Dr. Ley mitteilte, wird im laufenden Jahre mit dem Bau der Ordensburg der NSDAP in Marienburg begonnen. Die neue Burg wird in der Nähe der alten Deutschordensburg nördlich der Bahnlinie an der Nogat errichtet. Die Bahnlinie wird überdacht. Die Marienburg wird unverändert bleiben. In der Marienburger Ordensburg der NSDAP wird der Führernachwuchs der Partei, der die Ordensburgen Crössinsee in Pommern, Vogelsang in der Eifel und Sonthofen im Allgäu durchlaufen hat, seine abschließende Erziehung erhalten. Wie an den genannten Plätzen, so wird auch in Marienburg neben der Ordensburg ein Hotel für die NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude" mit 2000 Betten errichtet.

Der Warthe-Weichsel-Kanal

Der in den letzten Jahren vielfach erörterte Plan einer Kanalverbindung zwischen Warthe und Weichsel geht nunmehr endgültig seiner Ausführung entgegen. Wie es heißt, ist die Ausschreibung der Bauarbeiten durch das Warschauer Verkehrsministerium kürzlich erfolgt. Der Kanal soll die mittlere Warthe über den Goplosee mit der Weichsel und damit die Hauptwasserstraße des Posener Landes innerhalb der Grenzen des polnischen Staatsgebietes mit der Wasserstraße der Weichsel verbinden. Man hofft, daß dem Kanal besonders für den Getreideexport Posens über Gdingen

Bedeutung zukommen wird und nach Fertigstellung des Kanals der bisher beträchtliche Getreideexport über die Warthe-Oder-Straße und den Stettiner Hafen eingestellt werden kann. Bis zum Jahre 1932 sind auf diesem Wege jährlich rund 200 000 Tonnen Getreide ausgeführt worden. Trotz erheblicher Tarifermäßigungen der polnischen Staatsbahnen stellt sich der Export auf dem Wasserwege über Stettin auch heute noch beträchtlich billiger als auf dem Schienenweg über Gdingen. Die Baukosten des geplanten Kanals werden auf 7 Millionen Zloty berechnet.

Geburtenbeschränkung in Polen

Polen nimmt heute nicht mehr jene überragende Stellung in der europäischen Geburtenbewegung ein, die es noch vor einigen Jahren aufweisen konnte. Die Zahl der Lebendgeburten ist von 34,5 a. T. im Jahre 1924 auf 26,6 a. T. im Jahre 1936 gesunken. Dieser Rückgang hat sich im Jahre 1937 weiter verschärft. Das polnische Volk rückt allmählich in die Reihe der Völker, deren natürliche Wachstum sich unter dem Druck, sei es der wirtschaftlichen Not, sei es der fortschreitenden Verstädterung in sehr fühlbarer Weise verlangsamt. Bemerkenswert ist dabei vor allem folgender Umstand: Die sozial besser gestellten Kreise des polnischen Volkes unterscheiden sich in biologischer Hinsicht in keiner Weise von den entsprechenden Kreisen der westeuropäischen Völker. Man hat festgestellt, daß auf 100 Ehen der in gehobenen Berufen stehenden Personen nur 102,7 Kinder entfallen; das sind weniger Kinder als in den gleichen Kreisen des französischen oder des englischen Volkes. Im wohlhabenden Mittelstand Polens herrscht also gleichsam ein ständiges Kommen und Gehen, insofern als ständig neue Familien in diese Schicht aufsteigen, aber bereits in einer Generation wieder erlöschen. Und es ist eine Tatsache, die man bei allen Völkern hat feststellen können, daß das Beispiel dieser Kreise sich langsam, aber sicher auch in der breiten Masse, zuerst der städtischen, schließlich aber auch der ländlichen Bevölkerung auswirkt.

Polen und Madagaskar

Im Jahre 1936 trat der polnische Außenminister an den damaligen französischen Ministerpräsidenten Blum mit dem Ersuchen heran, französisches Kolonialgebiet für die Auswanderung aus Polen zur Verfügung zu stellen. In Paris war man bereit, diesem Ersuchen in bezug auf Madagaskar näherzutreten. Daraufhin wurde von der polnischen Regierung eine aus Polen und Juden bestehende Studienkommission nach Madagaskar geschickt, um die dortigen Ansiedlungsbedingungen für Europäer zu prüfen. Die Kommission wurde von einigen französischen Sachverständigen unterstützt. Sie kam zu dem Ergebnis, daß sich die Gebiete Innermadagaskars, die über 800 Meter hoch liegen, zur Ansiedlung europäischer Bauern eignen. Selbstverständlich seien Wegebauten, Flußregulierungen und entsprechende sanitäre Vorbereitungen notwendig. Während des Besuches des französischen Außenministers Delbos in Warschau Anfang Dezember v. J. wurde dann die Frage der Auswanderung nach Madagaskar in positivem Sinne weiter behandelt. Es scheint, daß es sich bei dem Madagaskarplan zum mindesten um eine gründlich projektierte Angelegenheit handelt. Die Frage, wer dorthin auswandern soll, scheint aber noch nicht völlig geklärt. Der französischen Regierung wären Polen wahrscheinlich beträchtlich lieber als Juden. Auf polnischer Seite aber denkt man wohl in erster Linie darin, aus der französischen Kolonie ein zweites Palästina für die polnischen Juden zu machen. In Paris ist man von diesem antisemitischen Hintergedanken des polnischen Partners verständlicherweise nicht besonders erfreut. Die Juden wiederum haben anscheinend wenig Neigung nach Madagaskar zu gehen. Die zionistischen Kreise haben sich für Palästina und gegen Madagaskar erklärt.

Deutsch als Handelssprache unerwünscht

Es hat sich, wie in anderen östlichen Staaten, auch in Polen der Brauch herausgebildet, daß sich die großen Export- und Importfirmen im Verkehr mit dem westeuropäischen Ausland der deutschen Sprache bedienen, und zwar aus reinen Zweckmäßigkeitsgründen und nicht etwa, weil sie damit eine besondere Zuneigung zu Deutschland an den Tag legen wollen. Es gibt aber maßgebliche Kreise in Polen, denen ein schlechtes Französisch oder Englisch in Geschäftsbriefen lieber als ein verständliches Deutsch zu sein scheint. Hierzu gehört auch das Staatliche Exportinstitut, über dessen Stellungnahme zur Sprachenfrage kürzlich folgende Meldung in der polnischen Presse veröffentlicht

v. Ebbinghaus, der mannhaft auf seinem Posten blieb und als Menschenfreund in weiten Kreisen Verehrung " u (vor den ý " (') gestellt, zur Aufrechterhaltung der Ordnung sich der neuen Regierung nicht zu versagen, wie dies Hindenburg ebenfalls zur Ehre angerechnet wird. Bereits nach zwei Tagen wird General v.Ebbinghaus jedoch als š * & z (verhaftet. Bis zum Ende des Jahres ' & (er an Stelle von Generalleutnant v.Scha.rpff in schwerer Zeit die ÿ ' z des Gouvernements, bis ihn Krankheit zum ' (& (zwingt. Man wird dem mannhaften General, dessen Verhalten durch den seinstigen Œ " den Kriegsminister und viele Generale + ' & wurde, ein ehrendes Andenken + & " Ÿ ™ R.

Kavallerieverwendung nach den aus der Kriegsgeschichte zu ziehenden Lehren. Von W. Brenrken, Major und Lehrer an der Kavallerie-Schule. Verlag R. Eisenschmidt, Berlin 1928. Preis: geb. 9 RM., brosch. 7,50 RM. Be- ' & wir noch der Kavallerie oder ist sie * & & z "durch den Motor, der die Flieger, die Tankwaffe und schnell fahrende Transportmittel ins Leben gerufen hat? Dies ist zweifellos eine der meistumstrittenen und brennendsten Tagesfragen auf dem Gebiete des (z & + ' " Der Versailler Vertrag hat unserem kleinen heer 3 Kav.-Divisionen Œ " " (Nutzt uns diese * & z (" ' ! z starke Kavallerie, oder hat uns der Gegner damit nur schwer zu unterhaltende, jedoch wenig wirksame Truppen) " z (Diese Fragen beantwortet das vorliegende Buch kurz auf Grund kriegsgeschichtlicher Erfahrungen. Bei einem Gang durch die verschiedensten þ . ' wird die z (der Kavallerie beleuchtet, werden die ÿ & ' " hervorgehoben, welche die Kavallerie zu stolzer) ! ' Œ wie auch zu zeitweiligem Niedergang ' & haben. Aus der þ ' der gewonnenen Erfahrungen, aus den + z & " und nach dem Kriege bei uns und anderen Staaten angestellten Versuchen und ihren Lehren entwickelt sich das Zukunftsbild der Kavallerie, die der Motor wohl zu & z " . aber noch nicht zu ersetzen vermag. Der Beweis wird erbracht, u der Kavallerie auch in Zukunftskriegen Aufgaben von ausschlaggebender Bedeutung zufallen, wenn auch die stets wechselnden Kampfbedingungen ihre Kampfweise grundlegend z " & haben. So bietet das kleine leicht u Buch jedem Offizier, nicht allein dem Kavalleristen, & + ' " ' Gelegenheit, sich ! ' los mit dem Wesen der Reiterwaffe vertraut zu machen. ü & ' & hinaus wird das Buch allen denjenigen Kreisen von Nutzen sein, welchen unsere Wehrhaftigkeit * # " " Œ (" scheint. Reiches Kartenmaterial veranschaulicht die behandelten kriegsgeschichtlicher Beispiele, R.

Wehrgeift und Pazifismus in der Frauen- und Jugendbewegung. Von Toni S ar i n g. Verlag Schmidt 83 Thelow, Gotha. 48 S. Preis: 0,60 RM. Frauen- und Jugendbewegung find im letzten Jahrzehnt die vielumredeten Probleme geworden. Mit ihrem inneren. Zusammenhang und ihrer geistigen Grundlage, mit ihren Zielen und Aufgaben ' z (sich diese Schrift. Ausgehend von den geschichtlichen Grundlagen der Frauenbewegung und ihrer Verbundenheit mit der Jugendbewegung setztsich die Verfasserin klar und folgerichtig mit den Fragen auseinander, die den Kernpunkt des Streites um Weltanschauung und Geistesleben bilden: dem Pazifismus, Wehrgeist in Sage und Geschichte, dem ((' ' & & ( ) der Frau, der wehrhaften deutschen Jugend, der * Œ ' und der þ ' & & & Deutlich spricht aus diesen Abhandlungen der Wunsch, " ' & den in den Frauen- und Jugendorganisationen immer wieder beobachteten Spaltungen, Verhetzung und Wirrnis der Anschauungen den Weg zu weisen. Diese Schrift erscheint wie ein Weckruf, der die deutsche Seele) & ' ((will aus Stumpfheit und Verzagtheit. Die Verfasserin z (sich von jeder Parteipolitik fern. Die Einteilung in abgeschlossene Kapitel erleichtert das Lesen und Besprechen an den Gruppenabenden der Organisationen Man ! Œ (das ú ' " jeder deutschen Frau und deutscher Jugend in die Hand geben, nicht nur zur Aneignung notwendigen Wissensstoffes,

ÿ & ' ") " von schwingenden Maschinen werken. Von Dr. W. Kranz, ' & ((heft6(1928) der in heidelberg (Fachpresse Zeitschrift š ü & ú & ' ") Die ú) der Verfasser ' & ' & & der Pionieroffiz schwingenden ÿ & ' ") " "die auch ' von Bedeutung ist. Nicht jeder Boden, + Œ " Hochbau noch " ' " ist auch ohne weiteres ' & eine bestimm dung geeignet; vielmehr erfordert diese zahl der Maschinen und nach den " (weitere & (' .) ' z " ' der Eigenart der-Maschinen wie auch zeitigen u. U. z) " " wie Setzung der Motoren, Wanderungen im Unterg des ÿ & ' ") " ' # (in ' weiterer Folge der Maschinen, ungleiche Lagerreibunge damit letzten Endes geringere Lebensdaue Schwingende ÿ & ' ") " " erfordern dahe Bestimmung der ÿ & ' ") " ' & (ganz be (' & ' geologische Bodenuntersuc Ebenso !) u bei der ÿ & ' ") " von be bettungen die wechselnde Inanspruchn grundes beim ù ') und in der Ruh werden. Einseitiges Nachgeben des Ba Verbindung mit dem ' (# Senkunge schlechte Treffergebnisse, Rissebildung im brauchbarkeit der Bettungen und angren hervorrufen. Bei solchen Bauten wurden Weltkriege die deutschen Kriegsgeologen mit gutem Erfolge zur geologisch-tec untersuchung herangezogen.

Carl hagenbeck und sein Werk. Vo Sokolowsky. Verlag E. Haberland Leinen geb. 12 RM. Stellingen, der beck, sein Œ $ sind zwei unzertren worden. Wer den Hagenbeckschen Tier nicht allein die dort ausgeftellten Tiere, ihnen eigenen Welt. Gebirgstiere kletter Gestein umher, Tiere aus der Steppe hab Wasserbewohner tummeln sich in Bassins alles vereint sich zu einer Schauanlage, die dem Besucher das Einz tung " (& ' (s vielmehr einordnet in seiner Eigenart zukommenden Landsch hemmte Bewegung &) (P Damit wirkt zieher breiter Volksmassen, erweckt Freu und Œ & & & ' (z " " und Liebe ' & war wissenschaftlicher Asfistent von Earl . z (uns von den & # u Tiertransp dressuren und Akklimatisation, von Tier- wie vom Tierhandel, so u sein Buch š reichen und Anregenden ' &jeden, nicht freund, bietet.

Mitteilungen des Reichsamls ' & Jahrg. 1828X29. Nr.1. r & icht & " ™ Wie trage ich mir das ittern blatt ein? Am Nordrand des Harzes messungen.

Sport im Bild. Das Blatt der guten Scherl, Berlin. Erschien im Mai al z & ™ betitelt. Prospekte aller serenten, und. sie sind zahllos, stellt Berlin SW19, Krausenstr.38j39, kosten

verbreitet das (z Wo Freundeskreise

Dtsch. Offizierbund. (Berlin W 9, Potsdamer Str. 22 b. DOB.-Verlag.) **Nr. 20:** Stralsund (24. 7. 1628). Das Hagen-problem (Obstlt. Otto). Wirtschaftl. Streiflichter (Dr. Hennemann). Belg. Franktireurkrieg (Ob.-Arch.-Rat Dr. Oßwald). Sportliche Rundschau. — **Dtsch. Adelsblatt. Nr. 20:** Vom Ursprung des Heldentums. Der Sinn der Landvolkbewegung. Reichstagswahl und Listenwahlsystem. — **V. D. A.-Rundbrief. Nr. 7/28:** Die Gmundener Pfingsttagung. — **Dtsch. Leben in Rußl. Nr. 5/6:** Die Volksbildung der Wolga-Deutschen. — **Der Ring.** (Unabhängige Wochenschrift für nationale Politik. Berlin W.) **Nr. 28:** Politik und Kriegführung. Krieg und Wirtschaft. Wehrverfassung. Wehrmacht und Friedensgedanke und über die Kriegsschuld als Rechtsproblem. Der Offizier. — **Preuß. Jahrbücher. Nr. 7/28:** Die dtsch. polit. Leitung und Engl. bei Kriegsausbruch. Die koloniale Frage in Dtschl. — **Österr. Wehrztg. Nr. 28:** Schlechte Begleitmusik. Fliegertaten im Weltkrieg. Serbische Mentalität. Kameradschaft und Tradition. — **Welt u. Wissen. Nr. 29.** — **Das Neue Blatt. Nr. 28.** Wo.

Verschiedenes

Das Cardwell-System.

Von Generalleutnant Sir E. A. Altham, K. C. B., K. C. I. E., C. M. G.

Angesichts der Angriffe, die neuerdings auf das Cardwell-System gemacht werden, ist es angebracht, darzulegen, was es bedeutet*).

Als Cardwell das Kriegsministerium übernahm, lag die Verwaltung in den Händen des Oberbefehlshabers des Heeres. Von den regulären Truppen war der größere Teil über die ganze Welt zerstreut, ohne Rücksicht auf strategische Grundsätze. Die Dienstzeit war zwar von lebenslänglich auf zehn Jahre herabgesetzt worden, aber, von der Miliz und den Freiwilligen abgesehen, zählte die Reserve nicht mehr als 3000 Mann. Es gab keine höhere taktische Einheit als das Regiment, doch die meisten Regimenter hatten nur ein Bataillon. Die Besetzung der Offizierstellen geschah durch Kauf.

Cardwell griff nun zwei Probleme an:

I. Die Vereinheitlichung und Neuordnung der Befehlsgewalt und der Verwaltung der Streitkräfte.
II. Die Anpassung der Streitkräfte an ihre Kriegsaufgaben.

Das erste dieser Probleme löste er durch drei große Reformen:

a) Die Unterordnung des Oberbefehls unter die Autorität des Staatssekretärs und die Trennung der Verwaltung vom Oberbefehl.
b) Die Organisation des Kriegsministeriums in drei Abteilungen:
   1. für Personalfragen, Ausbildung, Mannszucht, Rekrutierung;
   2. für Materialverwaltung;
   3. für Finanzsachen.
c) Die Stärkung des Oberkommandos durch Anfügung von zwei neuen Abteilungen für Nachrichtenwesen und Bildungswesen, aus denen sich der moderne Generalstab entwickelt hat.

Die zweite Reform strebte an und erreichte drei große Ziele:

a) Die Abschaffung des Stellenkaufs, wesentlich für die spätere Entwicklung des Grundsatzes der Auswahl.
b) Die Schaffung einer Heeresreserve.
c) Die Reorganisation der Streitkräfte durch Verschmelzung der Aktiven und der Reserven, Zusammenfassung der Freiwilligen zu einer Defensivarmee mit der Befugnis, sie im Notfalle durch Zwang zu ergänzen.

*) Cardwell war Staatssekretär für den Krieg von 1866 bis 1874. Seine Heeresreform stammt vom Jahre 1871.

Ein Jahr später wurden die Grundzüge der Reorganisation bekanntgegeben.

Die Linien-Infanterie bestand damals aus 110 Regimentern. Davon hatten 25 je 2 Bataillone, das 60. Regiment und die Schützenbrigade je 4, während die übrigen 83 Regimenter nur ein Bataillon hatten. Alles in allem gab es 141 Bataillone.

Die Britischen Inseln wurden nun in 66 Bezirke eingeteilt. Jedem von ihnen wurden 2 Bataillone zugeteilt, von denen unter normalen Friedensverhältnissen das eine daheim, das andere außerhalb sein sollte. Ferner umfaßte der Bezirk 2 Milizbataillone und sämtliche Freiwilligen. Das reguläre Heimatbataillon brauchte seine Garnison nicht in dem Bezirke zu haben, sollte aber ebenso wie das auswärtige zwei Kompanien abgeben, um in dem Bezirke selbst ein „Depot" zu bilden, dessen Kommandant auch mit der Inspektion der Milizen und Freiwilligen sowie der Rekrutierung betraut sein würde

Diese Verbindung von Regulären, Milizen und Freiwilligen bildete die Grundlage für die spätere Heeresreform Haldanes. Doch faßte auch Cardwell bereits eine Expeditionsarmee von zwei Armeekorps zu je 30 000 Mann ins Auge.

Natürlich konnte bei den vielfachen Anforderungen an das reguläre Heer in den 40 Jahren bis 1914 das Verhältnis der Bataillone daheim und außerhalb nicht immer eingehalten werden, aber das Heer ist immer imstande gewesen, den Anforderungen zu entsprechen.

Der Wert der Cardwellschen Reform liegt einmal darin, daß die Regimenter eine Heimat bekommen haben und mit ihrem Bezirk verwachsen sind, sodann, daß die Territorialtruppen, die ehemaligen Freiwilligen, durch die Verbindung mit den regulären Truppen an Tüchtigkeit erheblich zugenommen haben, wie der Weltkrieg bewiesen hat. Es ist daher unverständlich, wie manche die gänzliche Abschaffung des bestehenden Systems fordern können.

Angeblich ist dieses System mit der Mechanisierung des Heeres unvereinbar. Aber noch besteht keine Klarheit über den Umfang und die Art der Mechanisierung. Wenn aber die Mechanisierung durchgeführt werden soll, kann es sehr wohl geschehen, ohne die Regimenter aufzulösen, ohne ihnen die örtliche Heimat zu nehmen und ohne die regulären von den Territorialtruppen zu trennen. (Auszug aus „Journal of the Royal United Service Institution". Februar 1928.) 32.

Die russische höhere Führung im Weltkriege.

Nach einem Vortrag des Generals Tschernavin.

Gelegentlich deutscher Kriegsspiele sollen angeblich die deutschen Offz., die die russische Narewarmee (Samsonows) zu führen hatten, denselben Plan befolgt haben wie der Stab Samsonows.

Zwei Drittel der höheren Führer waren durch die russische Kriegsakademie gegangen. Die Vorbereitung der übrigen war nicht auf der Höhe. Die Schwierigkeiten der russischen Führung bestanden in der raschen Verschiebungsmöglichkeit der Deutschen mit ihrem hochentwickelten Verkehrsnetz gegenüber den grundlosen russischen Wegen, Mangel an Munition im entscheidenden Moment usw.

Die Unzulänglichkeit der Kenntnisse brachte manche russischen Generale in Abhängigkeit von jungen Generalstäblern, doch war das eine allgemeine Erscheinung. Abhängigkeit Joffres von seinen Mitarbeitern (auch Oberstlt. Hentsch entschied faktisch den Rückzug von der Marne).

Das Zusammenwirken und das gegenseitige Verstehen verschiedener Führer war mangelhaft, doch waren auch Fälle vorzüglicher Zusammenarbeit (5. Armee in der zweiten galizischen Schlacht) zu verzeichnen. Es müssen aber auch die Nebenumstände in Betracht gezogen werden. Der deutsche Armeekdt. konnte alle seine Korps- und Divisions-Kdtn. wann immer zum Telephon rufen, während der russische Armeekdt. hierzu Autos entsenden mußte. Der größte Fehler der russischen Führung bestand in dem achtlosen Vergeuden der lebenden Kräfte der Armee.

Die Grundursache lag im Mißverhältnis der technisch unzulänglich ausgerüsteten Armeee zu ihren Aufgaben. In den ersten zwei Jahren des Krieges mußte sie die Armeen der Gegner auf sich ziehen. (In Ostpreußen August 1914 auch?).

Als Beispiel für die Sparsamkeit in Verwendung der Kräfte wird Gen. Alexejew während des Rückzuges und für die Verschiedenheit der Auffassungen in dieser Beziehung das Verhältnis der Gen. Russki und Gurko während der Kämpfe an der Nawka im Winter 1914/15 angeführt. Dieses Beispiel zeigt auch die schlechte Orientierung der höheren Stäbe über die wahre Lage an der Front.

Das Werk Gen. Danilows, das zehn Jahre nach den Ereignissen geschrieben wurde, zeigt, wir fern die höchste operative Führung vom richtigen Verständnis der Lage war.

Auszüge aus den Erinnerungen des franz. Abgeordneten Abel Ferry beweisen, daß dies auch bei den Franzosen nicht anders war.

Die verspätete Anpassung an die neue Kriegführung bei der russ. Armee war zum Teil auf diese schlechte Orientierung zurückzuführen. Jedenfalls ist hierfür die russ. Führung verantwortlich, doch müssen die Umstände, z. B. der Munitionsmangel, auch berücksichtigt werden.

Jedenfalls hatte die russ. Führung nach Meinung des Gen. Tschernavin mit Schwierigkeiten zu kämpfen, die bei anderen Armeen nicht in solchem Maße bestanden. 7.

Nachtangriffsübung über London. Am 17. 7. 28 abends wurde über London von Flugzeugen der britischen Luftstreitkräfte eine Nachtangriffsübung ausgeführt, wobei mehrere große Bombenflugzeuge ohne Kenntnis des Londoner Luftabwehr-Kommandos sich London näherten.

Entwicklung des zivilen Flugwesens in England im Jahre 1927. Dem jüngst veröffentlichten Berichte des engl. Luft-Ministeriums über das Zivilflugwesen im vergangenen Jahre ist zu entnehmen, daß die Zahl der Leicht-Aro-Klubs — die je nach der Zahl ihrer ausgebildeten Flgz.-Führer und der Anzahl der geflogenen Meilen eine staatliche Unterstützung erhalten — von 5 auf 13 gestiegen ist. Die Mitgliederzahl dieser Klubs hat 2000 überschritten, und die Zahl der Mitglieder, welche die Flugbefähigung nachgewiesen haben, hat sich seit Ende 1926 mehr als verdoppelt. Die Zahl der im Privatbesitz befindlichen leichten Flugzeuge ist von 58 auf 110 gestiegen. Es ergibt sich hieraus eine ständig wachsende Reserve, aus der die militärische Luftschiffahrt ausgebildete Flgz.-Führer, Mechaniker und anderes Fachpersonal schöpfen kann. Leichte Flugzeuge werden jetzt schon in der Massenproduktion um den gleichen Preis wie ein mittlerer Kraftwagen hergestellt, die in einer gewöhnlichen Garage untergebracht und leicht selbst von einer Dame bedient werden können. 121.

Ende 1927 standen auf der Erde insgesamt **1171 Tankschiffe mit 9 271 581 t Fassungsvermögen** zu Transporten von Erdöl und daraus gewonnenen Ölen in Benutzung. Davon gehörten mehr als ½ den Vereinigten Staaten, nämlich 402 Tankschiffe mit 3 756 076 t Raumgehalt. Rw.

Offizier- und Truppenvereinigungen

Die Schriftleitung bittet um Übersendung von Mitgliederlisten und laufenden Mitteilungen der Vereine, um vielfache Anfragen beantworten zu können, wie um Mitteilung von jeder Änderung der Zusammenkünfte.

Nachrichtenblätter sandten ein:

1. Garde-R. z. F., Nr. 32. **J. R. 65**, Nr. 3. **J. R. 68**, Nr. 1—3. **J. R. 72**, Nr. 28. **Leib-Gren.-R. 109**, Nr. 7. **R. J. R. 204**, Nr. 2. **R. J. R. 205**, Nr. 2. **Ul. R. 11**, Nr. 13 **Felda. R. 79**, Nr. 32. **„Landesverband Nordmark“**, Nr. 42. **„Deutschmeisterztg.“**, Nr. 7.

Kurze Bekanntmachungen kostenlos. Einsendung möglichst drei Wochen vor der Zusammenkunft erbeten.

Abkürzungen: Die Wochentage u. Daten beziehen sich stets auf den laufenden Monat. Mo. = Montag; Di. = Dienstag; Mi. = Mittwoch; Do. = Donnerstag; Fr. = Freitag; Snbd. = Sonnabend; Sntg. = Sonntag; — abds. = abends; Ldw. Kas. = Landwehr-Kasino Zoo; Natl. Kl. = Nationaler Klub, Berlin, Friedr.-Ebert-Str. 29; Krgr. V. H. = Krieger-Vereinshaus, Berlin, Chausseestr. 94.

Ehem. Offz. d. früh. Preuß. Kriegsmin.: Berlin, 2. Mi. 8,30 abds., Pschorr, Kais. Wilh. Ged. Kirche.
76. Res. Div.: Berlin, 2. Mi., 8,30 abds., Siechen, Behrenstr.
2. Garde-R. z. F.: Berlin, 2. Di., 8 abds., Natl. Kl.
Gren. R. 3: Berlin, 2. Do., 8 abds., Krgr. V. H. (Kam. Ver.)
Ldw. J. R. 8: Berlin, 8., 8 abds., Tucherbräu, Friedrichstr. 100.
Gren. R. 9: Berlin, 2. Mi., 8 abds., Ldw. Kas. (Rittm. a. D. v. Trotha, Berlin-Halensee, Friedrichsruher Str. 11.)
Gren. R. 11: Berlin, 11., 7,30 abds., Ldw. Kas.
Gren. R. 12: Berlin, 2. Mi., 8 abds., Pschorr, Kais. Wilh. Ged. Kirche.
R. J. R. 27: Halle, 2. Fr., Ratsschenke. (Anschr.: Hptm. a. D. Dahlmann. Brandenburg a. H., Kurstr. 14.
J. R. 28: Berlin, 2. Mi., 8 abds., Rest. Vichmann, Bülowstr. 108.
J. R. 31: Kiel, 2. Do., 8 abds., Hotel Brunswiker Hof, Adolfstr. 5.
Füs. R. 35: Berlin, 2. Di., 8 abds., Natl. Kl.
Füs. R. 36: Berlin, 2. Mo., 8 abds., Bierhaus Jancke, Jägerstr. 19.
R. J. R. 37: Berlin, 2. Mi., 8,30 abds., Rheingold, Mahagonisaal. **Breslau**, 2. Di., 8 abds., Schultheiß, Schweidnitzer Str. 32.
Füs. R. 37: Berlin, 10., 8 abds., Ldw. Kas. (Wenn Sntg., am 11.)
Sächs. Ers. J. R. 40: Chemnitz, 2. Di., 8 abds., Münchener Hof, Lange Str.
Alt J. R. 55: Detmold, 2. Di., 6 nachm., Ressource.
Füs. R. 73: Hamburg, 2. Mi., 8 abds., Patzenhofer, Dammtorstr.
J. R. 77: Celle, 2. Snbd., 8 abds., Celler Hof.
J. R. 78, R. J. R. 92: Berlin, 2. Di., 7,30 abds., Ldw. Kas.
J. R. 81: Kassel, 2. Do., 8 abds., Ehrlich, Karlsplatz 1.
J. R. 85: Hamburg, 2. Snbd., 8 abds., Ldw. Kas., Mönckebergstr. 18.
J. R. 87: Frankfurt a. M., 2. Mi., 8 abds., Schneider, Kl. Kornmarkt 19.
J. R. 95: Berlin, 2. Do., 8 abds., Natl. Klub. — Coburg. 15., 8 abds. Ehrenburg.
J. R. 98: Berlin, 2. Fr., 8 abds., Gaststätte Nettelbeck, Kleiststr. 18.
J. R. 104: Chemnitz, 2. Do., 8 abds., Eintracht.
J. R. 112: Berlin, 2. Do., 8 abds., Ldw. Kas.
J. R. 113: Berlin, 2. Mo., 8 abds., Ldw. Kas.
J. R. 117: Berlin, 2. Mi., 8 abds., Münchn. Löwenbräu, Vikt.-Luise-Platz 9.
J. R. 121: Stuttgart, 2. Mo., 8 abds., Reichsw. Kasino, Gr. Inf. Kas.
J. R. 125: Stuttgart, 2. Di., 8 abds., Offz. Standortheim, Gr. Inf. Kas. (Hptm. Sprandel, St., Herweghstr. 10.)
J. R. 129: Berlin, 2. Di., 8 abds., Ldw. Kas.
J. R. 142: Berlin, 2. Do., 8 abds., Ldw. Kas.
J. R. 143: Berlin, 2. Do., 8 abds., Ldw. Kas.
J. R. 144: Berlin, 2. Mo., 8 abds., Ldw. Kas.
J. R. 147: Berlin, 2. Di., 8 abds., Ldw. Kas.
J. R. 155: Berlin, 2. Do., 8 abds., Ldw. Kas. Breslau, 2. Do. der geraden Monate, 8 abds., Namslauer, an der Liebichhöhe.
J. R. 162: Berlin, 2. Fr., 8 abds., Rest. Siechen, Behrenstr. 23.
J. R. 172: Berlin, 2. Fr., 8,30 abds., Ldw. Kas. Kassel, 2. Di., 8 abds., Kurz, Frankfurter Str. 79, Ecke Wittichstr.
J. R. 173: Barmen, 2. Snbd., 8,30 abds., Genügsamkeit, Karlstr. 22/24. — Düsseldorf, 2. Mi., 8 abds., Hagen, Pionierstr. 6. (Klein, Düsseldorf, Adersstr. 52.)
R. J. R. 205: Berlin, 2. Do., 8 abds., Belvedere, Jannowitzbrücke.
R. J. R. 208: Berlin, 2. Di., 7,30 abds., Dessauer Gart., Dessauer Str. 1. — Braunschweig, 2. Di., 8 abds., Ohse, Fallerslebenstr. 7, Stadt Salzwedel.
R. J. R. 214: Hamburg, 2. Snbd., „Alster-Hotel“, An der Alster 83. (Rud. Lohff, Hamburg, Eilbecktal 6.)
R. J. R. 267: Berlin, 2. Mi., 8 abds., Patzenh., Friedrich-, Ecke Taubenstr.
J. R. 452: Berlin, 2. Snbd., 8 abds., Hütte, Taubenstr. 7, Vereinszimmer.
Jäger 8: Kassel, 2. Snbd., 8 abds., Kaisereck. (Ritgen, Kassel, Marienstr. 14.) — Hamburg, 2. Fr., Rest. Schade, Lange Reihe 105. (E. de Vivanco, Hamburg 37, Isestr. 37, III.) — Lörrach i. B., 2. Snbd., „Zum Schlüssel“. (Argast, Lörrach i. B.)
Jäger-Rgt. 12: Dresden, 2. Snbd. der ungerad. Monate, 6 nachm., Löwenbräu, Moritzstr. 1. (Hptm. a. D. v. Mayer, Dresden-N., Arndtstr. 4.)
Drag. R. 11: Berlin, 2. Mo., 8 abds., Ldw. Kas.
Ul. R. 1: Breslau, 2. Mo., 8 abds., Schloßrestaurant Tauentzienplatz.
Ul. R. 11: Berlin, 11., Gebr. Habel, Unter den Linden 30.
Ul. R. 14: Berlin, 2. Fr., 8 abds., Pschorrbräu, Kais. Wilh. Ged. Kirche.
Felda. R. 2: Berlin, **8. 8. 28,** 8 abds., Ldw. Kas.
Felda. R. 6: Breslau, 2. Mi., 8 abds., Corpshaus Borussia.
Felda. R. 10: Berlin, 10., 8,30 abds., Ldw. Kas. (falls Sonntag, am Fr. vorher). — Hannover, 10., Gasthaus Hindenburg, Bödekerstr. 78 (falls Sntg, nächst. Mo.).
Res. Felda. R. 10: Berlin, 1. Mi., 8,30 abds., Patzenhofer, Potsd. Str. 123 a.
Felda. R. 23: Berlin, 2. Fr., 8 abds., Ldw. Kas.
Res. Felda. R. 44: Berlin, 2. Mo., 8 abds., Ldw. Kas.
Res. Felda. R. 63: Berlin, 2. Mi., 8 abds., „Zum alten Askanier“, Anhaltstr. 11.
Felda. R. 66: Berlin, 2. Do., 8 abds., Ldw. Kas.
Felda. R. 237: Berlin, 2. Mi., 8,30 abds., Leipziger Hof, Königgrätzer Str.
Fußa. R. 1: Königsberg, 2. Mo., 8 abds., Offz. Heim 1 (altes Pion. Kasino).
Fußa. R. 8: Berlin, 8., falls Sntg., am 9., 8 abds., Ldw. Kas.
Fußa. R. 10: Berlin, 10., Ldw. Kas.
Fußa. R. 11: Berlin, 11., 8,30 abds., Ldw. Kas. Falls Snbd. oder Sntg., am folgend. Mo.
Fußa. R. 13 u. 24: Ulm, 13., Artl.-Offz.-Heim, Zinglerstr. 70. Stuttgart, 2. Do.
Fußa. R. 14: Berlin, 14., Eggebrecht, Grunewaldstr. 56.
Fußa. Bat. 35: Berlin, 2. Fr., 8 abds., Habel, Unter den Linden 30.
Fußa. Bat. 44: Breslau, 2. Mi., 8 abds., Kaczmarz, Malteserstr. 22.
Offz. d. bayer. schw. Artl.: München, 2. Di., 8 abds., Offz. Kasino der Pion. Schule (Kasino der früh. Kriegsakad.), Eing. Pappenheimstr.
Pioniere u. Verkehrstruppen: Kassel, 2. Di., 8,30 abds., Oberste Gasse 29.
Pi. Bat. 2: Stettin, 2. Fr., 8 abds., Standortkasino, Kurfürstenstr. 18.
Pi. Bat. 5: Berlin, 2. Mi., 8 abds., Ldw. Kas.
Pi. Bat. 6: Beuthen, 2. Do. nach dem 1., 7,30 abds., Handelshof.
Pi. Bat. 9: Hamburg, 2. Di., 8 abds., Jalant, Mönckebergstr. 16.
Pi. Bat. 10: Berlin, 10., 8 abds., Ldw. Kas.
Pi. Bat. 21: Frankfurt a. M., 2. Mi., 8 abds., Loge Sokrates, Hochstr. 1.
Pi. Bat. 23: Hamburg, 2. Snbd., 8 abds., Berl. Hof, gegenüb. Hptbhf.
Train-Bat. 2: Stettin, 2. Fr., 8,30 abds., Weber, Elisabethstr. 56, pt. (Maj. d. Res. a. D. Zeppernick, Stettin, Domstr. 21.)

Offz. d. Nachr. Truppe: Hannover, 2. Mi., 8 abds., Standort-Offz. Heim. (Reg. Rat Hoppe, Hannover, Volgersweg 45.)
Kraftfahr-Offz. Vereinigung: Breslau, 2. Do., 8 abds., Schloßrestaurant, Tauentzienplatz. — Düsseldorf, 2. Di., 8 abds., Restaurant Germania. — Elberfeld, 2. Di., 8 abds., „Verein“, Kaiserstr. 14. — Kassel, 2. Do., 8 abds., Ratskeller. — Stettin. 2. Fr., 8 abds., Offz. Kasino, Kurfürstenstr. 18.
Reichsoffzr. Bund 1920: Leipzig, 2. Fr., 8 abds., Excelsior.
Veterinäroffzre. u. a. D.: Berlin, 2. Mi., 8 abds., Ldw. Kas.
R. B. e. Kad.: Brandenburg, Berlin: 2. Mo., Rest. Heyne, Nürnberger Ecke Fürther Straße. — Magdeburg, 2. Mi., Fideles Gefängnis, Neue Ulrichstraße 1, Zimmer 2. Pommern, Stettin: 2. Fr., 8,30 abds., Garn. Kasino, Kurfürstenstraße.
Wo.

Familiennachrichten.

Aufnahme von Anzeigen unentgeltlich.

Verlobungen: Joseph v. Radowitz, Oblt. im 18. Reit. R., mit Frl. Freia v. Puttkamer (Stuttgart—Cannstatt).

Verbindungen: Waldemar Graf v. Uxkull-Gyllenband u. Gräfin Irmgard, geb. Freiin v. Wrede-Amecke (Berlin-Wilmersdorf).

Geburten: (Sohn) Klaus Graf v. Baudissin (Stuttgart). — Reinhard v. Westrem zum Gutacker, Oberst u. Kdr. d. 4. (Pr.) Reit. R. (Potsdam). — Hans Dietrich v. Zanthier (Dechowshof b. Damgarten). — Vollrath v. Braunschweig (Gr.-Reichow). — Friedrich v. Scheltha (Perschütz). — (Tochter) Günther Frhr. v. d. Goltz (Wehlack). — Friedhelm v. Watzdorf (Hartmannsdorf). — Rolf Bamler, Hptm. im Rw. Min. (Berlin-Wilmersdorf). — Werner v. Zepelin (Appelhagen). — Lothar v. Hugo (Verden, Aller). — Franz Krech, Hptm. u. Komp. Chef im 5. (Pr.) J. R. (Stettin).

Todesfälle: Ida v. Rango (Roßbach). — Roderich Krieg, Lt. im 11. Reit. R. (Neustadt, O. S.). — Lothar v. d. Knesebeck, Genlt. a. D. (Löwenbruch). — Elsbeth v. Nathusius (Kassel-Wilhelmshöhe). — Hans Karl Adolf v. Carlowitz, Gen. d. Inf. a. D. (Gersdorf b. Roßwein). — Frau Mathilde v. Werdeck (Frankfurt a. O.). — Curt Eichert, Oberstlt. a. D. (Stade). — Dr. Ludwig Strähler, Ob.-St.-Arzt d. R. a. D. (Schönebeck).
Wo.

Am 2. Juli 1928 verschied plötzlich und unerwartet in Berlin im Alter von 58 Jahren unser getreuer

Oberstleutnant a. D.

Friedrich Purgold,

Ritter des Eisernen Kreuzes 1. Klasse und anderer Kriegsorden,
1. Vorsitzender des Bundes der Vereine ehemaliger 165er,
1. Vorsitzender der Offiziervereinigung des ehemaligen Infanterie-Regiments Nr. 165.

In wehmutsvoller Trauer und tief erschüttert stehen die ehemaligen 165er, insbesondere die alten Offiziere, an dem Sarge dieses ihres „guten Kameraden“ und Führers, eines altpreußischen Offiziers, eines offenen, ehrlichen und geraden Charakters, der bis zuletzt seine volle Persönlichkeit und die ihm innewohnende frische Tatkraft für die Belange jedes Kameraden seines Regiments, dem er in langjähriger Friedenszeit seine Dienste gewidmet hatte und in dessen Reihen er im Anfang des Weltkrieges schwer verwundet wurde, eingesetzt hat.

Offiziervereinigung
des ehemaligen Infanterie-Regiments Nr. 165:
v. Puttkamer,
Oberst a. D.

Verantwormch für den redaktionellen Teil: Generalleuinani a D. von Altrock, Berlin W15, Fasanenstraße60, Ferne-aß Oliva 975.
Verantwortlich für den Anzeigenteil: Hugo Herieh Berliti-Schöneberg, Thorwaldsenstraße U.
Druck von Ernst Siegfried Mittier und Sohn, Buchdructerei G. m- v. H- Berlin SW68, Kochstmße 68-71.